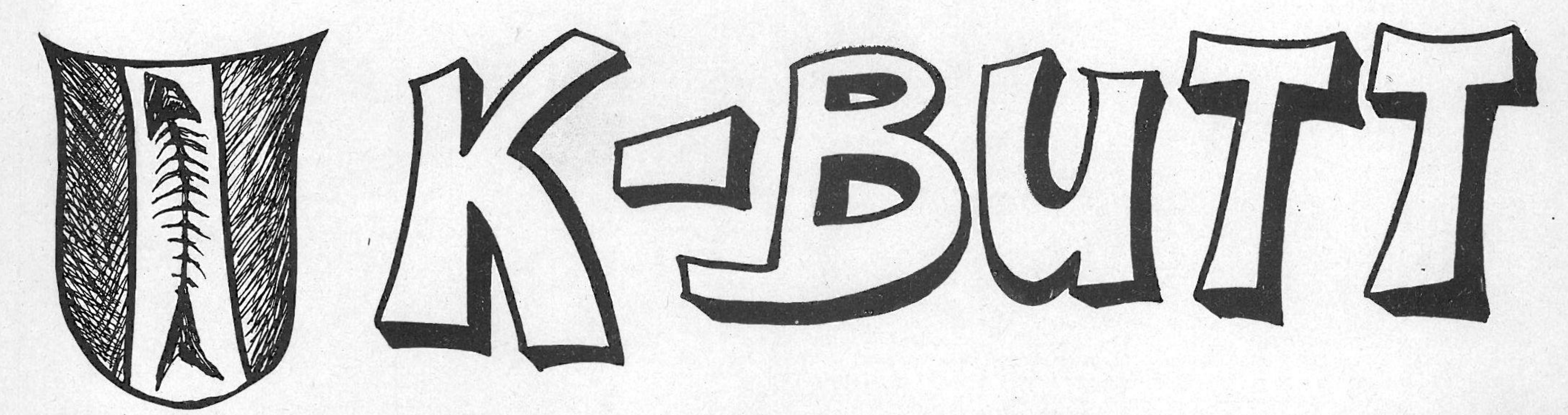
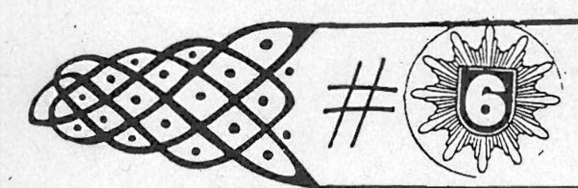


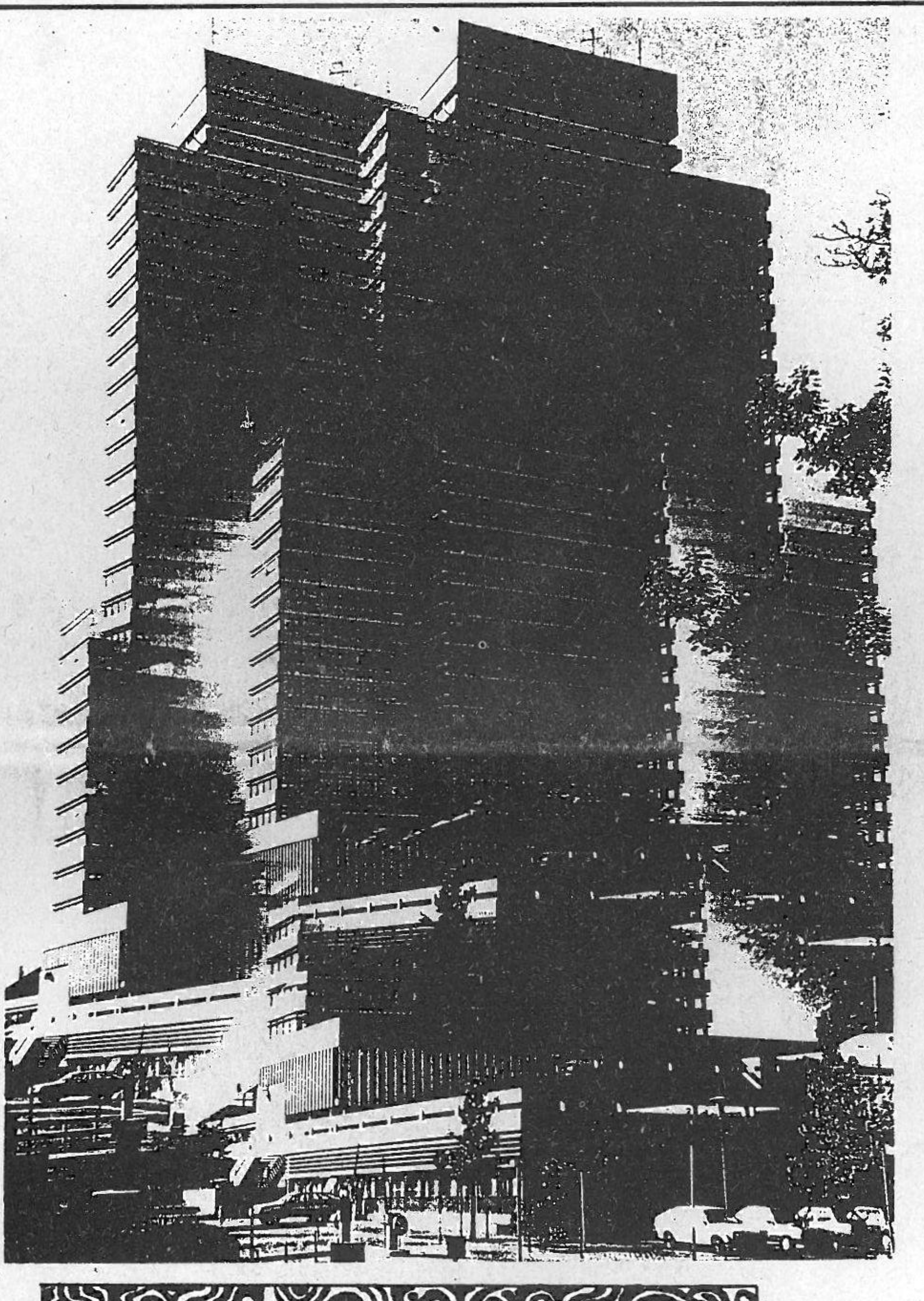


VÄLZISCHE PFOLXZEITUNG DEZ. 93
Auflage 1500 kost nix

Vorwort

Hier ist also die #6 der K-Butt. Viele haben sie schon totgeglaubt, selbst wir hatten Zweifel ob das Projekt Zeitung am Leben gehalten werden kann. Aus den Erfahrungen der letzten fünf Ausgaben mußten wir uns eingestehen, daß einiges am Zeitungmachen, wie es bisher gelaufen ist, falsch war.
Daraus haben wir unsere Konsequenzen gezogen und die redaktionellen Strukturen verändert. Es gibt jetzt ein Zeitungskollektiv das sich regelmäßig trifft und über Alle Texte, die uns vorliegen, diskutiert. So wollen wir "Pannen" vermeiden, daß Artikel abgedruckt werden, die unseren Vorstellungen von Leben, Kultur und Politik nicht entsprechen (S. Selbstkritik der Red. zum "Epi"-artikel). Wir wollen in Zukunft ermöglichen, daß alle 3 Monate eine neue Ausgabe erscheint. Um zu verhindern, daß wieder das große Chaos und Zeitdruck besteht, sind die wöchent. Zeitungstreffen sicherlich auch dienlich. Wir sind für Anregungen,Kritik und Artikel jederzeit dankbar. Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe (#7) ist der 19.01.1994.
Kurz noch was zur Finanzierung. Wie ihr seht, finanzieren wir die Zeitung größtenteils mit Werbung (den Rest legen drauf). Uns wäre es lieber, wir könnten auf einen Teil der Werbung Zugunsten von Bildern, Gedichten, Comics und Artikel verzichten. Wenn ihr auch der Meinung seid, daß mehr Platz "für eigene" Sachen da sein sollte, könnt ihr durch Spenden selbst dazu beitragen.

Viel Spaß beim Lesen !!!
Euer Zeitungskollektiv



Aus dem Inhalt

V.I.S.D.P:
K-Butt Redaktion
Ottostr. 8
67657 Kaiserslautern
nur noch bis März 94 !!

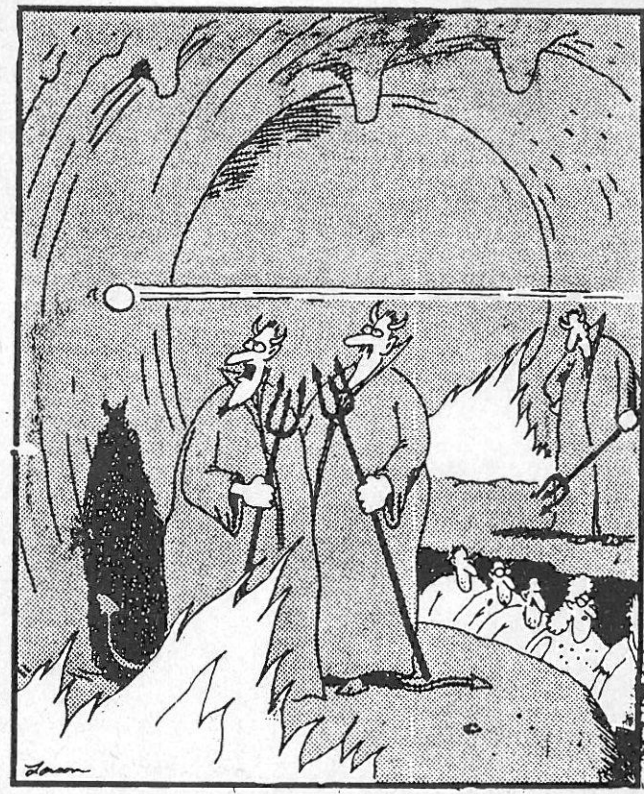
Nachruf (-trag) !!!

Der bittere politische Alltag, hat uns am Tage unseres Layouts für die K-Butt, dann mal wieder eingeholt.Aus den Nachrichten erfuhren wir,daß der Innenminister K.seinen "Dorn im Auge" entfernt und die PKK verboten hat. Mit deutscher Gründlichkeit hat man dann die kulturelle Arbeit der Kurdistan Komitees (35 sog. Unterorganisationen der PKK) und weiterer Arbeitskreise in die Waagschale geworfen, für zu schwer befunden und gleich mit verboten. Dies ist für uns ein pol. Rückschritt in die Steinzeit, den wir so aber nicht hinnehmen werden. Das Maß ist voll. Für uns steht fest, daß wir jetzt all unsere Kraft darein legen werden, die bestehende Solidarität mit dem kurdischen Volk noch entschlossener zu beweisen, und auszubauen.

LOB DER DIALEKTIK (1934)

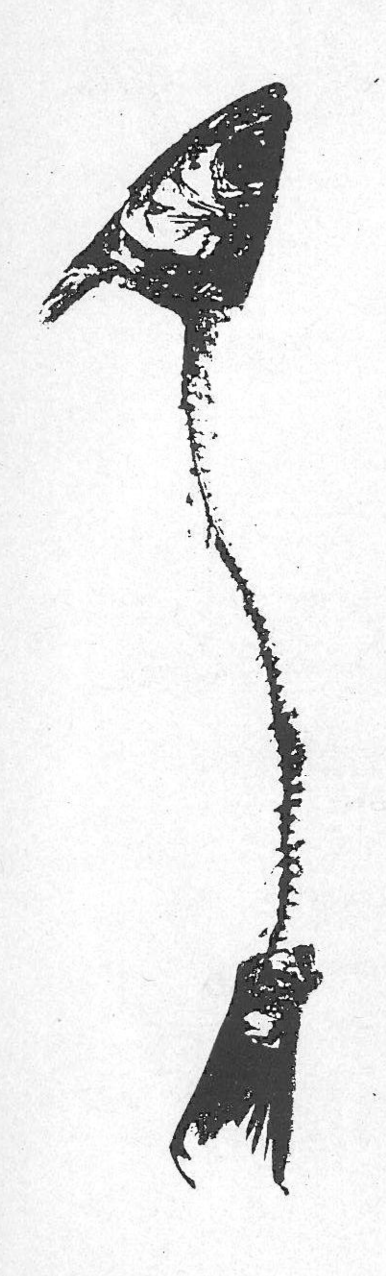
Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt.
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: so, wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut: Jetzt
beginne ich erst.
Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:
Was wir wollen, geht niemals.
Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen haben
Werden die Beherrschten sprechen.
Wer wagt zu sagen: niemals?
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? Ebenfalls an uns.
Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen
Und aus Niemals wird: Heute noch!





»Guck mal, Sid! Schon wieder ein Schneeball! . . .
Ich sage dir, hier gerät alles außer Kontrolle«

GEMEINNÜTZIGE ARBEIT IST ZWANGSARBEIT !!!



Seit Anfang des Jahres 1993 werden verstärkt SozialhilfeempfängerInnen zu gemeinnütziger Arbeit verdonnert. Für 1 bis 3 Mark je Stunde dürfen bzw. müssen SozialhifeempfängerInnen Müll sammeln, Grünflächen in Ordnung halten, usw.. Wenn sie diese Arbeiten ablehnen kriegen sie von vorne herein 20% ihrer Kohle gestrichen und werden auch von ihren SachbearbeiterInnen als Schmarotzer, Faulenzer gebrannt markt. Nicht nur die Bildzeitung verbreitet solche Scheiße jeden Tag. Medien und PolitikerInnen erdreisten sich solche Arbeiten noch als Perspektive zu verkaufen.

Einmal anders heran gegangen:
Würdest du freiwillig arbeiten, wenn du

1) Nicht krankenversichert
2) Nicht rentenversichert
3) Nicht arbeitslosenversichert bist,
4) Kein Anspruch auf Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und andere betriebliche Leistungen hast
5) Kein Anspruch auf Urlaub hast
6) Nicht von einem Personalrat vertreten werden kannst
7) Nur unregelmäßig mal hier mal da arbeiten mußt
8) Und das dann auch noch für nur 2 DM/Std. "Mehraufwandsendschädigung"

So eine Arbeit nimmt keineR freiwillig an. SozialhilfeempfängerInnen müssen das, weil sonst eh schon die erbärmliche Sozialhilfe gestrichen bzw. gekürzt wird. Hier in Kl. geht das soweit das, wenn Mensch, sich nicht darauf einlassen will und Widerspruch einlegt, sofort und das widerrechtlich ein Teil der Sozialhilfe gekürzt wird. Auch wenn sich im Nachhinein heraus stellt, daß der Widerspruch gerechtfertigt war.

Das nennen wir Zwangsarbeit. Zur Zeit ist es zwar noch nicht so, daß Mensch von den Bullen zur Gemeinützigen Arbeit geschleppt wird. Aber die meisten SozialhilfeempfängerInnen fragen sich, wie sie sich und/oder ihre Familien mit der gekürzten Sozialhilfe durchbringen können. Die jenigen die sich durch solche Methoden aus der Sozialhilfe vertreiben lassen, sind deswegen noch lange keine arbeitsscheuen Schmarotzer. Das würde an äußersten Zynismus grenzen. Ungefähr so, wie wenn Mensch einem Verhungernden ein Stück verschimmeltes Brot hinhält und wenn dieser ablehnt, sagt: "Der hat ja eh keinen Hunger".

Wir fordern: "Wenn schon Arbeit, dann wenigstens tariflich bezahlt und sozial abgesichert."

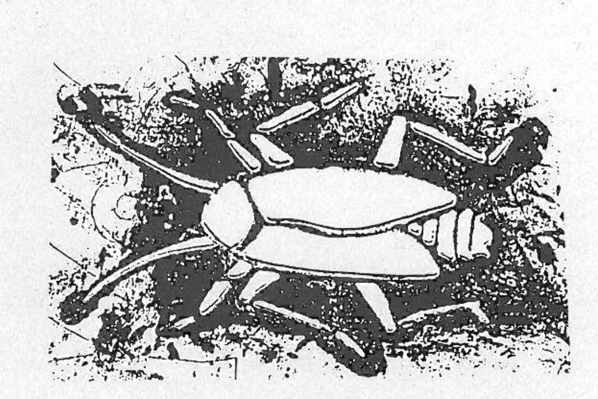
Die Menschen die auf dem Arbeitsmarkt keinen Platz mehr finden und in die Sozialhilfe abgedrängt werden, verrichten zur Zeit die Arbeiten die weder Gemeinden, Länder noch der Bund bezahlen wollen. Nicht die SozialhilfeempfängerInnen sind für diese Situation verantwortlich sondern diejenigen die Arbeitsplätze abbauen und Politik nur nach ihren Profit ausrichten. Genauso wie diejenigen, die sich ihre lokalen Denkmäler (z.B. Theaterneubau) für über hundert Millionen hochziehen, statt diese Geld für akzeptable Arbeit erschwingliche Wohnungen und soziale Treffpunkte zu verwenden.

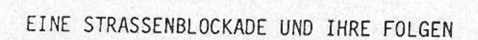
Wer sind hier die Sozialbetrüger ?!

Übrigens: Überprüft eure "Einberufungschriebe" mit denen ihr zur gemeinnützigen Arbeit geschickt werdet. Diese müssen nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 13.10.83 folgende Anforderungen erfüllen:

1) Die zu leistende Arbeit muß in dem Bescheid genau bezeichnet sein, das heißt wo genau gearbeitet werden soll, welche Arbeiten es sein sollen. Rechtswidrig ist, (wie es die Stadt Kaiserslautern durchgängig praktiziert) zum Beispiel wenn dich eine SachbearbeiterIn mit einem Formular nur zu einer bestimmten Einrichtung schickt.
2) Der zeitliche Umfang (das heißt die Arbeitszeit) der Arbeit muß genannt sein.
3) Dem Bescheid muß zu entnehmen sein, wie das Arbeitsendgeld oder Sozialhilfe plus Mehraufwandsendschädigung bezahlt werden soll und in welcher Höhe.

Wenn diese Anführungen auf deinem Bescheid nicht zutreffen, lege beim Amt für Sozialhilfe bzw. dem Stadtrechtsausschuß der Stadtverwaltung Widerspruch ein. Wenn ihr nähere Fragen zu diesem Thema habt schreibt an die K-Butt (67657 Kaiserslautern Ottostr. 8).





"KURZES":

NAZI-NEST DIE 2.

Im Sommer Warnten wir die AnwohnerInnen der Kneipe "PEP" in der Glockenstraße davor, daß sich die Kneipe mehr und mehr zu einem Treffpunkt der regionalen Nazi-Skinhead-Szene entwickelt und die Gefahr besteht, daß von dort aus Angriffe auf Menschen ausgehen können.
Daraufhin bekamen wir von der Pächterin erst einmal eine Strafanzeige angedroht (wegen was auch immer).
Inzwischen sind die Faschos eine Kneipe weitergezogen. Fast jedes Wochenende treffen sich bis zu 20 Glatzen im "Alt Lautre", ebenfalls Glockenstraße.
Darunter sind bekannte Fascho-Kader und andere Schläger.
Wir wollen keine Fascho-Kneipe in der Stadt und fordern alle Leute auf, etwas dagegen zu unternehmen. Protestiert beim Wirt und greift ein, wenn Ihr Angriffe mitbekommt.
Letzte Meldung: In den letzten Wochen sind die Nazis nicht mehr im "Alt Lautre" gesehen worden. Ob sie sich jetzt anderswo treffen oder bloß Winterurlaub machen, wissen wir nicht. Wenn Ihr was mitbekommt, dann sagt uns bescheid.
Antifaschistische Jugend KL

Ja, ja - wir sind alle sooo tolerant !!!
Nein, wir haben nichts gegen Ausländer oder sonstwie anders Aussehende oder Leute, die rumlaufen, wie es ihnen gefällt;wie gesagt: Wir sind eben tolerant....nicht wie die etwas Älteren, die "Normalen", die Spießer.
Wenn z.B. ein alter Mann irgendwo in unserer Nähe sitzt und uns stillschweigend beobachtet (uns toleriert !!!), dann wird er blöd angemacht: "Was glotzt du denn so, Opa (Alter),is was-will'ste was ?" Natürlich sagt in so einer Situation keiner was, im Gegenteil. Wenn eine(r) den Mund dagegen aufmacht, kriegt er/sie auch noch seinen/ihren Teil ab (wie meistens).
Ich könnte noch weitere Beispiele aufschreiben, aber ich laß es lieber...mich kotzt das Verhalten mancher doch sooo "toleranten" Leute einfach nur an.

THEMA LESERINNENBRIEFE

Wir freuen uns über jeden Brief von Euch, haben aber absolut keine Lust, einen Brief zu beantworten, der inhaltlich zum Teil sehr wirr ist und dazu noch anonym.
Also, liebe XXXXXXXXXX, wenn Ihr Antworten auf Eure Fragen haben wollt, dann kommt vorbei oder schreibt uns mit Namen und Adresse. Außerdem habt Ihr die letzte K-Butt wohl nicht gelesen, sonst wären einige Fragen nicht aufgetaucht
K.O.K. heißt, wie überall nachzulesen, Kultur ohne Kommerz (Obwohl Eure Idee auch nicht schlecht ist.)

EINE STRASSENBLOCKADE UND IHRE FOLGEN

Zur Zeit läuft ein Zivilprozeß gegen einen Blockadeteilnehmer, der sich gegen ein Auto zur Wehr setzen mußte.
Der Fahrer des Wagens, der den Blockierer fast überfahren hätte, will jetzt 1600 DM für sein angeblich beschädigtes Autodachhaben, obwohl für viele damals Anwesende eine klare Notwehrsituation gegeben war.
Abgesehen von der Zivilklage laufen noch 4 Ermittlungsverfahren, zu denen es auch schon Vorladungen zum Staatsanwalt gegeben hat (wegen "Nötigung", "Sachbeschädigung", "Beleidigung" und anderem).
Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen AntifaschistInnen !!

Reaktionen auf den Artikel der "Edelweiß-Piraten-Tacheles" aus der K-Butt #5

Seit einiger Zeit gibt es in Kaiserslautern also einen Stamm der Edelweiss Piraten. In ihrer Selbstdarstellung, erschienen in der letzten K-Butt, wiesen sie ausdrücklich darauf hin, daß ihr Betätigungsfeld nur legale und gewaltfreie Aktionen beinhaltet. So weit so gut, diese Form des Widerstandes hat natürlich ihre Berechtigung und sollte in einer sogenannten "gewaltfreien" Gesellschaft auch die Regel darstellen. Aber da diese Welt, nun einmal nicht so gewaltfrei und human ist, wie sie sich gerne darstellt, kann und muß der antifaschistische Widerstand über das Verkaufen von bunten Aufklebern und Appellen gegen den Haß und die Gewalt hinaus gehen.
Allerdings ist dieser Widerstand, auch im Grundsatz ein gewaltfreier und die "Gewalt" und "Illegalität" wird ihm nur durch die äußeren Umstände aufgezwungen.
Wer ist es denn der Menschenleben vernichtet ?
Der Antifaschistische Widerstand oder diese Gesellschaft, in der die "Freie Fahrt für freie Bürger" immer noch einen höheren Stellenwert hat als 5 Menschen, die einem Anschlag der Faschisten zum Opfer gefallen sind?
Versuchen nun einige Menschen, diese Gesellschaft für kurze Zeit in ihrem Alltagsleben zu stoppen um einen Moment über die geschehenen Morde nachzudenken, unterliegen sie automatisch einer Kriminalisierung und werden dadurch in einen Topf mit den faschistischen Mordbrennern geschmissen.
Damit mußten sie rechnen, womit sie allerdings nicht rechnen konnten, ist die nachträgliche Kriminalisierung durch den sogenannten "gewaltfreien" Widerstand.
Der durch das ausdrückliche Betonen seiner Gewaltfreiheit und Legalität, sich bewußt von anderen Formen des Widerstands abgrenzt und somit ihm Gewaltbereitschaft und Illegalität von vorne herein unterstellt. Hier in Kaiserslautern trifft dies in erster Linie die Antifaschistische Jugend, der in der Selbstdarstellung der EPI's Gewaltbereitschaft und illegale Handlungen unterstellt werden.
(Zitat:"Wir wollen keine Konkurenz zu der hier arbeitenden Antifaschistischen Jugend sein, da wir eine andere Zielgruppe ansprechen wollen. Wir verfolgen nur legale Handlungen und sind natürlich gewaltfrei!!!!")
Anstatt Solidarität mit anderen antifaschistisch handelten Menschen zu üben, führt dieses Verhalten zu einer bewußt herbeigeführten Spaltung des Widerstandes und endet damit nur in einer Stärkung der faschistischen Bewegung (Gesellschaft/Staat).
Nur durch ein solidarisches Verhalten aller Formen des Widerstandes ist eine effektive Bekämpfung des rechten, menschenverachtenden Sumpfes möglich. Also versucht das bei euren nächsten Verlautbarungen zu berücksichtigen !

Ob gewaltfrei oder militant wichtig ist der Widerstand!

**Mit solidarischen Grüßen
Rote Dino's**

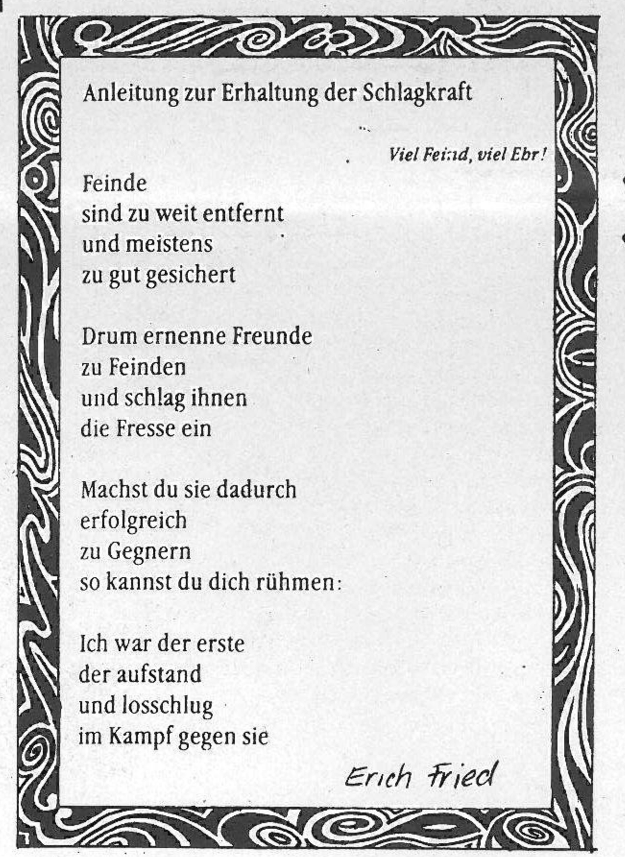
Einige Bemerkungen der Redaktion

In dem Artikel der "EPI's Tacheles" aus der K-Butt #5 sind einige Tatsachen falsch bzw. überhaupt nicht dargestellt. Wir wollen sie hier richtigstellen und auch Selbstkritik üben.

- Die "Edelweiß Piraten" haben sich in der Zeit des 3.Reiches auch mit bewaffneten Aktionen, z.B. gegen die Hitler Jugend gewehrt. Dies wird in dem Artikel überhaupt nicht erwähnt. Wir denken, daß dies aber genauso zu der Geschichte der "EPI's" gehört wie deren Verfolgung durch die Nazis.

- In ihrer Selbstdarstellung heben sie die Ablehnung von Gewalt heraus. Da die verschiedenen Edelweißstämme aber unabhängig und selbstbestimmt entscheiden welche Mittel sie im Kampf gegen den Faschismus anwenden, kann dies nicht als allgemeingültige Aussage angesehen werden.

Auch müssen wir uns an die eigenen Nasen fassen, daß der Artikel überhaubt in der K-Butt abgedruckt wurde. Wir sehen es im nachhinein als ein Versäumnis an, daß eine inhaltliche Auseinandersetzung in der Gruppe (Redaktion), über die verschiedenen Artikel nicht oder nur oberflächlich sattgefunden hat. Dies lag unteranderem auch daran, daß wir uns durch den selbstgesetzten Redaktionsschluß unter Zeitdruck brachten. Damit solche Fehler möglichst nicht mehr passieren, führen wir über jeden Beitrag innerhalb der Redaktion, wenn nötig, eine inhaltliche Diskusion.



Anleitung zur Erhaltung der Schlagkraft

Viel Feind, viel Ehr!

Feinde
sind zu weit entfernt
und meistens
zu gut gesichert

Drum ernenne Freunde
zu Feinden
und schlag ihnen
die Fresse ein

Machst du sie dadurch
erfolgreich
zu Gegnern
so kannst du dich rühmen:

Ich war der erste
der aufstand
und losschlug
im Kampf gegen sie

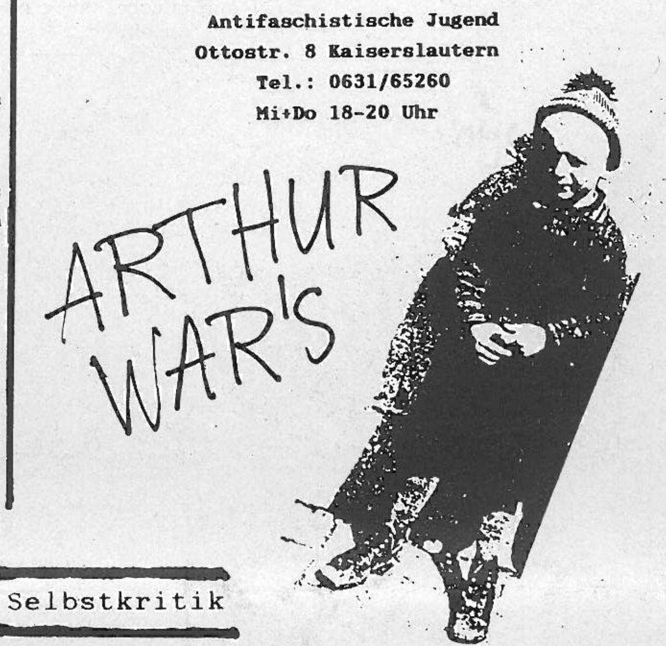
Erich Fried

Betrifft Rassistische und Faschistische Übergriffe und Propaganda

Wir müssen leider immer wieder die Erfahrung machen das rassistische und faschistische Übergriffe in Kaiserslautern und Umgebung nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Polizei und Medien haben schon öfters Informationen verschwiegen oder verfälscht, um das Bild von der "Ausländeroase Kaiserslautern" **(Zitat Wochenblatt)** aufrecht zu erhalten. Wir denken, daß viel mehr passiert als bekannt wird. Vielleicht auch weil die Betroffenen aus Angst nicht zur Polizei gehen.
Wenn ihr also mitbekommt, das solche Übergriffe passiert sind oder ihr selbst Opfer eines solchen Vorfalls gewesen seit, dann laßt dies uns wissen. Genauso wenn ihr mitbekommt, daß faschistisches Propagandamaterial an Schulen, im Bus, im Betrieb oder in bestimmten Gegenden auftaucht. Wichtig dabei ist, daß ihr möglichst genaue Angaben macht (Datum, Ort, Art des Vorfalls etc.).
Eure Namen bleiben natürlich ungenannt.

!!! Schaut nicht weg !!!

**Antifaschistische Jugend
Ottostr. 8 Kaiserslautern
Tel.: 0631/65260
Mi+Do 18-20 Uhr**



Selbstkritik

Gegen Rassismus, Faschismus und Sexismus Kampf dem Patriachat!

Dies hört sich gut an und paßt wohl unter fast jeden Aufruf einer antifaschistisch handelten Gruppe. Allerdings, wie weit ist es mit der Auseinandersetzung über Sexismus und dem Patriachat bei so manchen Männern, die innerhalbg solcher Strukturen pol. arbeiten? Vielmehr konkret gefragt, wie konnte es passiern, daß bei unserem Aufruf, "Betrifft rassistische und faschistische Übergriffe und Propaganda" sexistsiche Gewalt außen vor geblieben ist. Gerade die sexistische Gewalt ist die alltäglichste Gewalt in unserer Gesellschaft. Sie ist Ausdruck, der hier *HERR*schenden patriachalen Gesellschaft. Gewalt gegen Frauen ist allgegenwärtig und wird auf die unterschiedlichste Weise von jedem Mann praktiziert. Jeder Mann muß sich darüber im Klaren sein, daß er vom Sexismus/Patriachat profitiert. Daher muß die Auseinandersetzung mit dem Sexismus bei jeden Mann im eigenen Kopf und Verhalten anfangen.
Vielleicht kam es durch die fehlende Auseinandersetzung damit, daß bei unserem Zeitungstreffen keinem Mann das Fehlen des Sexismus im Aufruf auffiel, und uns erst eine Frau darauf aufmerksam machen mußte ?
Mann wird nicht nur durch das Unterlassen von sexistischen Sprüchen und in dem er keine Frauen vergewaltigt zu einem **"Nichtsexisten"**. Die Auseinadersetzung mit Gewalt gegen Frauen muß viel tiefer gehen und darf gerade von Männern, die vorgeben, gegen die hier *HERR*schende Gesellschaft zu kämpfen nicht so achtlos bei Seite geschoben werden. Unsere eigene Stellung in diesem System muß einer dauernden Hinterfragung und Analyse unterliegen. Den nur so können wir vielleicht unseren eigenen Seximus erkennen und bekämpfen.

Einige k-butte Männer

In Eigener Sache

Wir suchen dringend Räume!!

Da wir bis März 94 aus der Ottostr. ausziehen müßen, suchen wir Räume um unsere Arbeit fortsetzen zu können. Die Situation in Kaiserslautern ist aber diesbezüglich ziemlich beschissen und unsere finanziellen Möglichkeiten sind sehr Beschränkt.Vielleicht sind unseren Lesern und Leserinnen einige leerstehende Räume bzw. andere Möglichkeiten bekannt, wo es sich lohnen würde einmal nachzufragen.
Der/die Räume sollten mindestens 20 Leuten und einigen Regalen Platz bieten. Sanitäre Einrichtungen sollten weitgehenst auch vorhanden sein, also ein WC ist von Nöten. Eine kleine Küche wäre auch ganz gut ist aber nicht unbedingt nötig. Die Miete sollte möglichst gering sein (je weniger desto besser). Die Lage in der Innenstadt, also grob zwischen Messeplatz und Pfaffplatz, ist auch wichtig.

**Meldet euch bei uns,
es ist wichtig
Redaktionsanschrift: Ottostr. 8
Tel.: 0631/65260
Mi+Do 18<u>00</u>-20<u>00</u>**

SEXISTISCHE ÜBERGRIFFE UND PROPAGANDA NICHT DER REDE WERT - ODER ?

Den Männern der K-Butt Redaktion ist gar nicht aufgefallen, daß in dem Artikel zu rassistischen und faschistischen Übergriffen und Propaganda was fehlt - erst eine Frau mußte nachfragen, was mit sexistischen Übergriffen und Propaganda ist.
Das Thema wäre schnell vom Tisch gewesen, hätten wir den Artikel so umgeschrieben, daß auch noch sexistische Gewalt aufgeführt worden wäre -aber das wäre zu einfach gewesen. Fakt ist, daß auch in unseren Zusammenhängen keine reale Auseinandersetzung mit patriarchalen Strukturen und den daraus resultierenden Sexismus stattfindet.



Die Tatsache, daß jeden Tag Frauen vergewaltigt werden und sexistischer Alltag für viele Frauen mit Mord endet, wird kaum zur Kenntnis genommen. Was die Zahl von Vergewaltigungen betrifft, steht Deutschland an einer der obersten Stellen weltweit. Auch Frauen, die selbst noch nicht Opfer von Vergewaltigung (und Mord) waren, sind in einer Gesellschaft, in der Vergewaltigung als Kavaliersdelikt gilt, potentiell Angegriffene.
Und so wie ALLE Frauen potentiell Angegriffene sind, sind ALLE Männer potentielle Vergewaltiger !
Zum großen Teil sind die Täter bekannt: Ehemänner, (Ex)Freunde, Bekannte, Mitschüler, Lehrer, Arbeitskollegen, Chefs, Studenten, Väter, Brüder, Söhne, Bandmitglieder, (Partei)Genossen,.........
Bis zum heutigen Tag wird durch die Institution Ehe die Frau auf Gesetzesebene zum Verfügungsobjekt für den Mann gemacht. Vergewaltigung in der Ehe ist sozusagen legal. Durch die Tatsache, daß die meisten Täter im Bekanntenkreis zu finden sind, wird oft der Eindruck vermittelt, daß es sich in den meisten Fällen von sexistischen Angriffen und Mord an Frauen um eine "Privatsache" handelt. Als Erklärungen werden Eifersucht, Ehestreit, Arbeitslosigkeit.... angeboten. So wird leicht vertuscht, daß sexistische Gewalt immer auch Mittel zur Herrschaftssicherung des Patriarchats, also der Herrschaft von Männern über Frauen, ist. Das wird spätestens dann aber deutlich, wenn wir sehen, wie Polizei, Justiz und Medien mit Vergewaltigung und Frauenhaß umgehen und zeigen, auf wessen Seite sie stehen.
Allzuoft werden die Frauen selbst für sexistische Angriffe verantwortlich gemacht.
- wird ihnen selbst die "Schuld" zugewiesen:
  - "warum bist du alleine getrampt ?"
  - "Warum hast du einen Minirock an ?"
  - "Warum gehst du alleine weg -noch dazu wenn's dunkel ist ?"
  - "Gib's zu, dir hat's doch auch Spaß gemacht !"
  - "Bist doch sonst nicht so zimperlich !" ....
  - usw.

Das hat zur Folge, daß die meisten sexistischen Angriffe nicht angezeigt oder öffentlich gemacht werden. Denn meistens sind es Männer, die in den Polizeiwachen sitzen und die Anzeigen aufnehmen und Männer, die in den Gerichten urteilen.
Die Demütigung und Erniedrigung zieht sich bis in den Gerichtssaal. Für ausländische Frauen, die vergewaltigt wurden, ist es noch viel entwürdigender, da sich hier zu dem Sexismus nochmal der Rassismus gesellt.

Es kann kein Leben ohne Unterdrückung geben, wenn nicht ALLE Unterdrückungsverhältnisse gleicher Maßen bekämpft werden (Rassismus/Faschismus/Militarismus-Kapitalismus/Klassismus-Sexismus/Patriarchat). Sexismus und Patriarchat wurden in "der Linken " oft zum Nebenwiderspruch degradiert.D.h.in erster Linie ging es um die Befreiung der Arbeiterklasse -für die Befreiung der Frauen war erstmal kein Platz. (War nicht so wichtig).Dieser wollte "man" sich dann nach der (bis heute immer noch nicht erreichten) Revolution widmen. Das ist jetzt schon einige Jahre her, aber verändert hat sich, trotz Frauenbewegung, recht wenig.
Damals wie heute waren/sind Männer offenbar nicht bereit, von ihrer Machtposition gegnüber Frauen runterzukommen, bzw.haben sie scheinbar nicht gemerkt, daß auch sie im Verhältnis zu Frauen auf der Seite der Unterdrücker stehen.
Sicher ist es für Menschen, die einen revolutionären Anspruch haben schwer, zugeben zu müssen, daß sie aufgrund ihres Geburtsortes, ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe und ihrer Klasse in eine Rolle hineingeboren wurden, die sie zu UnterdrückerInnen macht. So müssen auch wir, weiße,europäische Frauen, uns damit auseinandersetzen, in welchem (Unterdrückungs)Verhältnis wir gegenüber farbigen Menschen und insbesondere farbigen Frauen stehen.
Uns Frauen drängt sich oft das Gefühl auf, daß Männer gar nicht bereit sind, darüber nachzudenken, wie die alltäglichen Situationen für Frauen in dieser, von Männern beherrschten, Gesellschaft sind.
Alltag für Frauen ...
- das sind tägliche Anmachen
- das Gefühl, "auf der Straße" mit Blicken ausgezogen zu werden
- sexistische Werbung(z.B.Karlsberg, das Bier "für den Mann im Mann"), wo Frauen nur noch als Objekt benutzt werden
- ist, für gleiche Arbeit bis zu 30% weniger Lohn zu bekommen als ihre männlichen Kollegen
- das heißt Reproduktion-unbezahlte Hausarbeit-Verantwortung für die Familie-für die Kinder.
- das heißt persönlicher Verzicht und Unterordnung.
- das bedeutet für Frauen die "nicht berufstätig" (lohnabhängig) sind, von ihren Männern (nicht nur finanziell) abhängig zu sein.
- heißt auch, sich als Frau nicht wirklich frei bewegen zu können, die Angst, vergewaltigt zu werden.Das Gefühl, lieber nicht allein nach Hause zu gehen, und wenn, dann nur bewaffnet.
- das sind Pornos an jedem Kiosk, in jedem Zeitschriftenladen, an jeder Tanke und in so manchem Comic-Shop und die Pornos auf Video und im TV.
- das sind die schlechten sexistischen Sprüche und Witze-auch in "unseren" Kneipen und WGs, wo Männer, die darauf angesprochen werden, sagen, sie würden das ja nicht so meinen-ist ja "nur Spaß".

Macker sind nicht nur "die Anderen", die Bürgerlichen, die Spießer. Auch in unseren Scenes und Zusammenhängen ist Mackerverhalten durchaus üblich.
Ob in unseren Diskussionen Frauen oft nicht "durchkommen" , ernstgenommen werden; ob auf Demos oder Konzerten. Da fallen dann auch schon mal so Sprüche wie :"Was machen wir heute Abend, Faschos klatschen oder Frauen ficken?" Bei solchen Typen sehe ich keinen Unterschied zu ihren sogenannten Feinden. Das Angegrabschtwerden auf Konzerten und ekelhaft sexistische Texte gehören auch zur "Normalität".
Diese Aufzählung ist längst noch nicht abgeschlossen. Jede Frau wird noch 1000 andere Beispiele für den alltäglichen Sexismus aufzählen können.



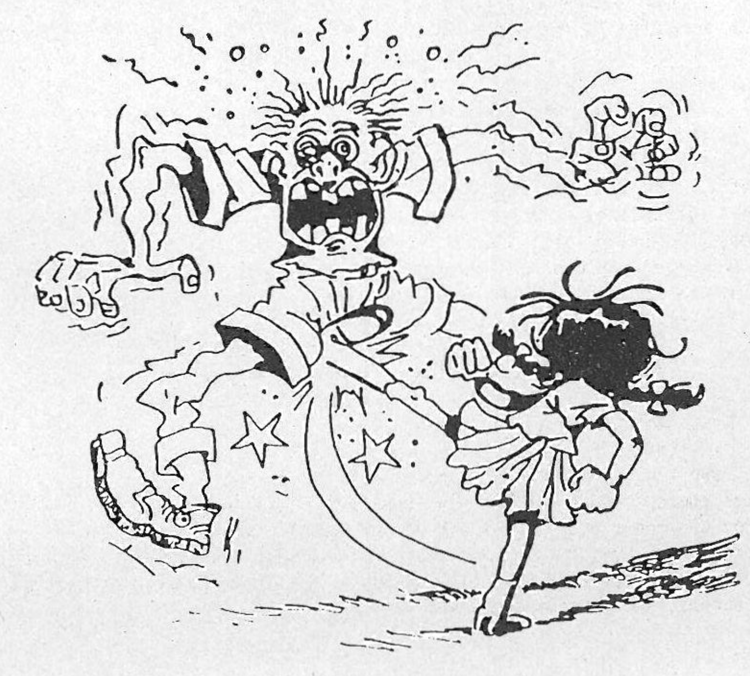
Ein anderes Beispiel von männlicher Justiz hat sich ja auch in dem jüngstem Urteil des BVGs zum §218 gezeigt, (Siehe K-Butt Nr.5), wo 7 Männer und eine Frau " im Namen des Volkes" gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen geurteilt haben.(hier sei nochmal angemerkt, daß in Bezug auf dieses Urteil der Einfluß der Kirchenpatriarchen ziemlich deutlich wird.)
Als letztes will ich noch auf die Rolle der Medien eingehen. Sie bestimmen mehr denn je die Meinung der Menschen und sind somit unverzichtbares Mittel zur Erhaltung von Unterdrückungsverhältnissen für die Herrschenden. So wie die Medien für sdie rassistischen Angriffe und Pogrome und die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl in diesem Land, die Entsendung von Bundeswehrsoldaten als "Friedensengeln" nach Somalia und anderswo usw. (mit)verantwortlich waren/sind, so sind sie auch für diesen alltäglichen Sexismus (mit)verantwortlich und zementieren patriarchale Strukturen in dieser Gesellschaft. Wie am Anfang schon erwähnt, stehen sexistische Werbung und Pornographie darin an oberster Stelle und sind der ekelhafteste Ausdruck frauenverachtender Propaganda. Aber auch sogenannte Frauenzeitschriften, von "Bild der Frau" über "Freundin" und "Brigitte" bis "Cosmopolitan" (hierbei ließe sich auch über die Rolle der "Emma" streiten) sind fester Bestandteil der patriarchalen Medienlandschaft. Diese Zeitschriften haben zum Ziel, daß Frauen sich mit ihrer Rolle, die sie von Männern zugewiesen bekommen, abfinden. Kochrezepte, schöne Frisuren, Diät und Tips für's Bett sind nur dazu da, daß die Frauen ihren Männern gefallen und ihnen als objekt zur Verfügung stehen. Das heißt auch, daß sie ruhiggestellt werden und nicht auf die Idee kommen, gegen ihre Unterdrücker zu rebellieren.

Mit diesem Artikel sind längst nicht alle Bereiche abgedeckt, in denen Frauen von Männern unterdrückt werden, aber vielleicht regt er dazu an, darüber nachzudenken, wie es Frauen geht, mit was sie sich Tag für Tag herumschlagen müssen und was sie wollen. Erst aus dem Wissen und Bewußtsein heraus können praktische Ansätze für ein emanzipatorisches Leben ohne Unterdrückung entwickelt werden.
Wir Frauen sind es leid, immer "nur" das Opfer zu sein. Wir müssen die Opferrolle überwinden und uns offensiv gegen alle sexistischen und patriarchalischen Strukturen wehren. Das heißt:

- daß wir uns keine sexistischen Sprüche und Witze mehr anhören und laut sagen, daß sie scheiße und frauenverachtend sind.
- daß wir uns nicht einfach hinterherpfeifen lassen.
- daß wir uns wehren (und nicht nur verbal) wenn wir angegrabscht, bedrängt oder bedroht werden.
- daß wir uns einmischen, wenn wir mitkriegen, daß andere Frauen angemacht/angegriffen werden, die sich, aus welchem Grund auch immer, selbst nicht wehren können (genauso wie wie es selbstverständlich sein sollte, bei rassistischen/faschistischen Angiffen einzugreifen)
- daß wir Öffentlichkeit herstellen über jede Form sexistischer Gewalt, die wir mitkriegen.
- daß wir uns aus Diskussionen nicht rausdrängen lassen.
- daß wir uns weigern, dieses patriarchale und rassistische Rollenspiel mitzuspielen......

FRAUEN WEHRT EUCH

Aber das kann nicht nur Aufgabe der Frauen sein. Hier sind alle Menschen aufgefordert, sich mit gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnissen ernsthaft auseinanderzusetzen und sich der eigenen Rolle und Verantwortund bewußt zu werden.
NUR SO KANN DAS GEBÄUDE DER MACHT UND UNTERDRÜCKUNG ZUM EINSTURZ GEBRACHT WERDEN.



AUFRUF ZUM FRAUENSTREIK 1994

Frauen sagen NEIN!

Die Wiederherstellung eines großen Deutschlands findet auf Kosten von Flüchtlingen, auf Kosten der „Anderen", der Schwachen, der Armen UND AUF KOSTEN VON FRAUEN STATT.

Deswegen rufen wir auf zu einem

FRAUENSTREIK!

Damit wollen wir gegen den Abbau von Grundrechten, gegen den Abbau von Sozialleistungen und die wachsende Armut von Frauen, gegen die Zurückdrängung bereits erreichter Frauenrechte, gegen die Zerstörung der Umwelt und gegen die Vorbereitung deutscher Kriegsbeteiligungen protestieren.

1975 traten die Frauen in Island in den Generalstreik.
1991 sind Schweizerinnen in den Streik getreten.

JETZT STREIKEN WIR!

DER FRAUENSTREIK WIRD AM 8. MÄRZ 1994
– INTERNATIONALER FRAUENTAG – STATTFINDEN.

Frauen werden die Hausarbeit niederlegen; betriebliche Aktionen bis hin zum Streik durchführen; nicht einkaufen (Kaufstreik); nicht mehr höflich lächeln; nicht nett sein; keinen Kaffee kochen und die Kinder den Männern mit auf die Arbeit geben. Auffällig und frech werden wir unsere Gemeinsamkeit und unsere Solidarität bekunden.

Wir nehmen es nicht mehr hin, daß Frauenlöhne immer noch um dreißig Prozent unter denen der Männer liegen, wir wehren uns gegen Männerseilschaften, an denen der Aufstieg von Frauen in [illegible] bezahlte Positionen scheitert. Die geheime Parole „Männer gehen vor" hat dazu geführt, daß in den neuen Bundesländern vor allem Frauen von den Arbeitsplätzen verdrängt wurden. Nun ist zu befürchten, daß Frauen auch noch den Preis für den EG - Binnenmarkt bezahlen müssen. Mehrere hunderttausend Frauenarbeitsplätze werden in den nächsten Jahren [illegible] Deutschland abgebaut werden.

JETZT IST SCHLUSS!

Schluß mit der Gewalt, Schluß mit der [illegible]. Im Krieg [illegible] Vergewaltigung [illegible] Waffe benutzt. Innerhalb der Ehe ist sie in Deutschland immer noch nicht verboten. Den [illegible] Männer um [illegible] ihrer Vorherrschaft, durch Anmache und sexuelle Übergriffe, erfahren [illegible] täglich [illegible].

[illegible] UNS REICHT'S!

Wir wollen die Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen entsprechend unserem zahlenmäßigen Anteil an der Bevölkerung. Wir wollen die gleichmäßige Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit unter Frauen und Männern und eine eigenständige Existenzsicherung für jede erwachsene Person. Wir fordern die Gleichberechtigung aller Lebensformen: allein, in Gemeinschaft, heterosexuell oder lesbisch. Eine Bevorzugung der Ehe durch den Staat lehnen wir ab. Jede Frau muß selbst ohne jede staatliche und ärztliche Bevormundung entscheiden können, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht.

Wir wollen, daß Immigrantinnen und Immigranten, Flüchtlinge, nicht weiße Deutsche, Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden gleichberechtigt, angstfrei und sicher hier leben können. Die Pläne der Bundesregierung, bundesdeutsche Truppen an Kriegen teilnehmen zu lassen, lehnen wir ab und werden die uns nahestehenden Männer dabei unterstützen, den Kriegsdienst zu verweigern oder zu desertieren.

WIR KÜNDIGEN DEN PATRIARCHALEN KONSENS UND BEGINNEN MIT EINEM WARNSTREIK.

Wir rufen alle Frauen auf, sich mit eigenen Ideen zu Aktionen und Diskussionen an dem Streik zu beteiligen: Vielfalt und Kreativität sind gefragt. Gründet überall Streikkomitees/-gruppen, entwickelt neue Streikformen, geht mit Euren Forderungen an die Öffentlichkeit!

Bisher gibt es zwei Kontakt- und Koordinationsstellen: Das Streikkomitee Köln - Bonn, c/o „Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis", Niederichstr. 6, 50668 Köln, Tel.-Kontakt c/o 0228 / 16 76 09 und das Berliner Büro des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV), Tel. 030 / 2 29 17 53.

FRAUENSTREIKTAG '94

Die Gewalt

Die Gewalt fängt nicht an
wenn einer einen erwürgt
Sie fängt an
wenn einer sagt:
»Ich liebe dich:
Du gehörst mir!«

Die Gewalt fängt nicht an
wenn Kranke getötet werden
Sie fängt an
wenn einer sagt:
»Du bist krank:
Du mußt tun was ich sage«

Die Gewalt fängt an
wenn Eltern
ihre folgsamen Kinder beherrschen
und wenn Päpste und Lehrer und Eltern
Selbstbeherrschung verlangen

Die Gewalt herrscht dort
wo der Staat sagt:
»Um die Gewalt zu bekämpfen
darf es keine Gewalt mehr geben
außer *meiner* Gewalt«

Die Gewalt herrscht
wo irgendwer
oder irgendetwas
zu hoch ist
oder zu heilig
um noch kritisiert zu werden

oder wo die Kritik nichts *tun* darf
sondern nur reden
und die Heiligen oder die Hohen
mehr tun dürfen als reden

Die Gewalt herrscht dort wo es heißt:
»Du darfst Gewalt anwenden«
aber oft auch dort wo es heißt:
»Du darfst *keine* Gewalt anwenden«

Die Gewalt herrscht dort
wo sie ihre Gegner einsperrt
und sie verleumdet
als Anstifter zur Gewalt

Das Grundgesetz der Gewalt
lautet: »Recht ist, was *wir* tun.
Und was die *anderen* tun
das ist Gewalt«

Die Gewalt kann man vielleicht nie
mit Gewalt überwinden
aber vielleicht auch nicht immer
ohne Gewalt

Erich Fried

Am Donnerstag, den 13.Januar 94, 20 Uhr, wollen wir uns im Nebenzimmer der Gaststätte LOKALKOLORIT treffen, um über eigene Einschätzungen zum Frauenstreiktag zu reden und zu überlegen, ob und in welcher Form wir uns an diesem Streik beteiligen. Eingeladen sind ALLE Frauen, es wäre schön, wenn möglichst viele von euch kommen können !!

Deutschlandtag auf saarländisch

Am 3.10.93 wurde zum drittenmal,seit der Annektion der DDR durch die sogenannte "BRD", der Deutschlandtag begangen. Da zu dieser Zeit Oskar L. (Rotlicht-Oskar) amtierender Bundesratspräsident war, fanden die bestellten Jubelfeiern in Saarbrücken statt. Aus diesem Grund wurde am 2.10.93 eine Gegendemonstration mit ca. 350 TeilnehmerInnen, die unter dem Motto:

**"Für uns Krieg und Elend
Für euch mehr Profit
Die neue Weltordnung
Da feiern wir nicht mit"**

stand, durgeführt.
Damit sollte unser Protest und Widerstand gegen das Großdeutschland der PolitikerInnen und Bonzen artikuliert werden. Denn für die meisten Menschen sind die bestehenden Realitäten hier und weltweit kein Grund zum feiern. So wurde inhaltlich in Redebeiträgen und der Auftaktkundgebung auf Themen wie :

Sozialabbau (in den neuen wie alten Bundesländern)

Antifaschistischer/Rassistischer Widerstand

Neues Bild des Imperialismus
"Out of Area" Einsätze

Propagandaveranstalltung der Militärs in Ramstein, als
"Tag der offenen Tür" betitelt

Situation der politischen Gefangenen hier und weltweit
(Action Directe...), usw.

aufmerksam gemacht. Während der Demonstration wurde ein Grußtelegram der KaliarbeiterInnen aus Bischofferode vorgelesen. Dies alles verlief friedlich, allerdings wurden gleich im Anschluß an die Demonstration vier Menschen, welche anscheinend nicht in das saubere Weltbild unserer PolizistInnen, wie der SpießbürgerInnen paßten, festgenommen. Die vier Menschen wurden während der Verhaftung von der Polizei brutal geschlagen und getreten.

Der darauffolgende Tag sollte es aber noch viel krasser bringen! Es begann damit, daß wir uns vor der Kongreßhalle versammelten, um die ankommenden PolitikerInnen und anderen Profiteuren an der neuen/alten Weltordnung , die sich an diesem Ort zur offiziellen Begehung des "Tages der Deutschen", zur Selbstfeier und Eigenbeweihräucherung trafen, auf unsere Art zu begrüßen.
Die Bevölkerung wurde natürlich mit den Mitteln unseres "fortgeschrittenen" Hightech-Staates in diese Zeremonie mit einbezogen, indem sie ergriffen den Worten unserer geliebten Landesväter, über Lautsprecher und TV huldvoll lauschen durften.

Wir verliehen unserem Protest und Widerstand gegen diesen Staat und seine RepräsentantInnen, mittels trillernder Geräusche,die von einigen auch als Lärmbelästigung aufgefaßt wurden (was wir äusserst positiv fanden) und Entrollen eines Transparentes, mit der Aufschrift:
"Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten!!!"
Ausdruck.
Mit diesem konnten sich die Bullen anscheinend so gut "identifizieren", daß sie sich demonstrativ davor stellen mußten. Nachdem die Bonzen sich in der Kongreßhalle verschanzt hatten, entwickelte sich ein spontaner Demonstrationszug durch die Bahnhofsstr.,sowie über den Johanner Markt.An dessen Anschluß wurden wir zum ersten Mal an diesem Tage,von den Bullen eingekesselt (Durchsuchungen,Personenkontrollen).

Seit diesem Zeitpunkt standen wir unter ständiger Bullenbeobachtung. Trotzdem schafften wir es,uns gegen 15.00h wieder am St.Johanner Markt zu treffen,um in unserem Protest fortzufahren.Zur gleichen Zeit war Außenminister Kinkel in der Nähe,um dort eine Propagandaveranstaltung durchzuführen,und ein "Bad in der Menge" zu nehmen.

Dieser "Herr" Kinkel,der als ehemaliger Justizminister für die KGT-Initiative (Koordinations-Gruppe-Terrorismus)steht,in der die Entlassung einiger politischer Gefangenen in Aussicht gestellt wurde, was sich im Nachhinein als ein propagandistischer Schachzug des Repressionsapparates darstellte.Die politischen Gefangenen unterliegen nach wie vor der Isolationsfolter und nichts hat sich bewegt.Im Gegenteil,in Stammheim laufen neue Prozesse, aufgrund der Kronzeugenregelung, gegen einige Gefangene aus der RAF. Auch zeichnet er als Bundesaußenminister für die deutsche imperialistische Großmachtspolitik (Somaliaeinsatz der Bundeswehr, Sicherung der deutschen Wirtschaftsinteressen mit allen Mitteln, Unterdrückung und Ausbeutung der Menschen weltweit,...etc.) verantwortlich. So wollten wir ihm und Konsorten unsere Forderungen nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen in selbstbestimmte Gruppen und im Endeffekt die Freilassung dieser, sowie der Aufgabe der deutschen Kriegs- und Unterdrückungs- politik kundtun.
Dies wurde direkt durch einen massiven Polizeieinsatz verhindert.Diese knüppelten uns vom Veranstaltungsort fort und drängten uns in die Türkenstraße ab.Dort wurden wir von weiteren Bepos,sowie Einsatzkräften des SEK's eingekesselt.
Aus dem Kessel heraus wurden 44 Menschen festgenommen. Presseleute wurden des Ortes verwiesen (Warum wohl???). Gleichzeitig zu diesem Polizeieinsatz wurden von PR-Bullen Flugblätter an Passanten verteilt in denen zu Demokratie und Toleranz (siehe Knüppeleinsatz!!!) aufgerufen wurde.
Die Festgenommenen wurden ins Polizeipräsidium (Mainzerstr.) gebracht, dort photographiert und in Containern, welche extra für diesen Tag dort aufgestellt waren, verfrachtet.

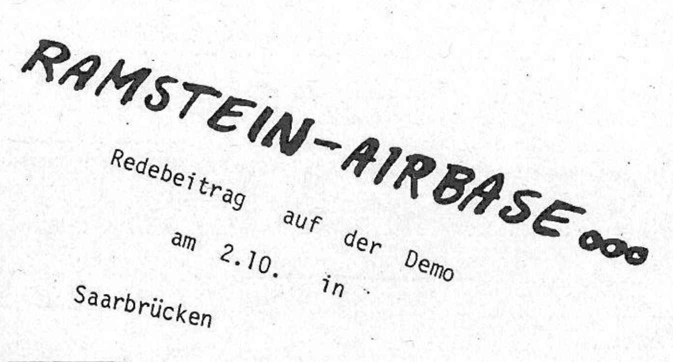
Während den Polizeiverhören wurde massiv versucht, junge Leute und gerade Frauen einzuschüchtern, um sie zu einer Aussage zu zwingen. Menschen wurden zum teil von 3 PolizistInnen gleichzeitig verhört, und wenn sie weiterhin auf ihr Recht der Aussageverweigerung bestanden auf übelste Weise beschimpft und unter Druck gesetzt. Bei Jugendlichen unter 18 Jahren wurde zum Teil versucht durch Einschaltung der Eltern bzw. der Erziehungsberechtigten zu Aussagen zu gelangen.

Von den 44 Festgenommenen, ist der letzte gegen 0:30h, lange nach dem Ende der offiziellen Feierlichkeiten, entlassen worden !!!

Das sich aus diesen Festnahmen noch Ermittlungsverfahren (Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staats"all"macht etc.) ergeben, ist zu befürchten.

**ein paar
deutschlandtaggeschädigte
autonome AnarchistInnen**





Zeitgleich zu den Jubelfeiern hier in Saarbrücken findet morgen in Ramstein auf dem NATO-Flugplatz unter dem Motto "Einheit durch Partnerschaft" ein sogenanntes Freundschaftsfest statt.
Gefeiert werden 40 Jahre Flugplatz und 3 Jahre "deutsche Einheit". Den 5.Jahrestag des Desasters, bei dem weit über 70 Menschen getötet und hunderte verletzt wurden, lassen sie diskret außen vor. Schon in den Jahren vor der Horror-Show '88 gab es zum Teil massive Proseste und Widerstand nicht nur gegen den Flugtag selbst, sondern auch und gerade gegen die Airbase als solche und deren Funktion als NATO- und US-Luftwaffen-Hauptquartier in Europa.
Ramstein Airbase war und ist einer der wichtigsten Dreh- und Angelpunkte imperialistischer Kriegsführung. Ob Vietnam, Libyen, Irak oder aktuell Somalia, Ramstein Airbase steht für Massaker bis hin zu Völkermord zur Sicherung der HERRschaftsinteressen der westlichen Allianz.
Ging es ihnen damals noch um den Kampf gegen den Kommunismus, so ist heute die weltweite Durchsetzung der kapitalistischen "Neuen Weltordnung" ihr erklärtes Ziel.
So wird in Somalia unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe und Friedenssicherung die Bevölkerung terrorisiert und mit Gewalt ein System installiert, das in die "Neue Welt" paßt, das heißt den westlichen Industrienationen die problemlose Ausbeutung ermöglicht.
Außerdem ist bekannt, daß der Einsatz von US-Soldaten in Bosnien in der letzten Vorbereitungsphase ist.
F-16 werden zu Rosinenbombern und Kriegstreiber zu Friedensengeln.
Während die entmündigten Völker hungern, unterdrückt und ermordet werden, feiern die Nutznießer der "Neuen Weltordnung" in Ramstein ihre Freundschaft, eine Freundschaft zweier rassistischer Nationen, die sich gegen die Opfer ihrer Politik durch immer höhere Mauern abschotten. Dies manifestiert sich in der menschenverachtenden Flüchtlingspolitik und -gesetzgebung der Festung Europa wie der USA.
Unter diesen Gesichtspunkten gibt es für uns keinen Grund zu feiern. Auch die Angehörigen der Toten und die Opfer der Katastrophe von '88 sehen in diesem Volksfest ein makaberes Schauspiel, das sie mit einem Jahrmarkt auf einem Friedhof vergleichen. Auch sie sind Opfer der Mordmaschinerie NATO, die auf der Welt immer mehr Friedhöfe füllt.
Doch was hier Unfall war, ist für Millionen von Menschen im Trikont seit Jahrzehnten blutige Realität.

Wir grüßen die Menschen, die morgen gegen die Feiern auf der Ramstein Airbase protestieren werden.
Kampf der imperialistischen Kriegspolitik von USA, NATO und UNO !
Solidarität mit allen Menschen, die sich gegen die "Neue Weltordnung" zur Wehr setzen !
Liebe und Kraft allen kämpfenden GenossInnen !
Freiheit für alle revolutionären Gefangenen !
Offene Grenzen für alle !
Hoch die internationale Solidarität !!

Wilder Zusammenhang Kaiserslautern

prozeß gegen 4antifas aus Rhl./Pf.

"Es drängt sich der Eindruck von Voreingenommenheit und bewußter Prozeßsabotage zur Abwendung eines Freispruches der 4 Angeklagten auf ..." (*)

(*) Zitat aus der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Staatsanwalt Zöcke.

Am 7.9. wurde der Prozeß gegen 4 Antifaschisten aus Rheinland-Pfalz vor dem Amtsgericht Saarbrücken eröffnet.
Sie wurden beschuldigt, am 12.10.91 nach einer Demo in Saarbrücken gegen Rassismus und neonazistischen Terror die Nazi-Skin Kneipe "Spinnrädchen" in St.Ingbert angegriffen zu haben; (Anklagepunkte schwerer Landfriedensbruch u.a.).
Fakt ist, daß unter anderen die 4 Personen, auf der Nachhausefahrt von der Demo, Richtung Kaiserslautern, von der Polizei gestoppt und festgenommen wurden. Erst auf der Wache in Homburg wurde ihnen mitgeteilt, was ihnen vorgeworfen wird.
Beim Prozeß waren ziemlich viele Leute da (60-70) und es war eine recht gute Stimmung. Den Angeklagten war es möglich, eine 9 1/2 seitige Prozeßerklärung vorzulesen, die von den BesucherInnen klatschend begrüßt wurde.
Danach wurden die Zeugen (ein Passant, drei Leute aus dem Spinnrädchen, darunter der Wirt und der ehemalige JN Kriesvorsitzende Oliver Neumüller und zwei "Beamte der saarländischen Polizei") gehört. Staatsschützer Risch fiel aufgrund eines Krankenhausaufenthalts aus.
Keiner der Zeugen konnte einen der Angeklagten identifizieren. Ihre Aussagen widersprachen sich dermaßen, daß eigentlich klar war, daß da gar nichts anderes als Freispruch rauskommen konnte.

Aber so kam es dann doch nicht.
Am Ende der Zeugenvernehmungen (ca.16 Uhr) gab Staatsanwalt Zöcke zu erkennen, daß er keine weiteren Beweisanträge stellen werde, lediglich zwei Stunden Zeit bräuchte, um sich auf sein Plädorye vorzubereiten. So wurde sich dann darauf geeinigt, daß ein zweiter Verhandlungstag angesetzt wurde.
Auch an diesem (9.9. 16 Uhr) hat Staatsanwalt Zöcke, bevor er anfing zu plädieren, noch mal gesagt, daß er keine weiteren Beweisanträge stellen werde.
In seinem Plädoye machte er die Angeklagten zu skrupellosen Gewalttätern, während er gleichzeitig den Faschozeugen O.Neumüller als glaubwürdigen Zeugen darstellte.Neumüller machte in dem Prozeß gegen die 4 Antifas keinen Hehl aus seiner faschistischen Gesinnung.Er würde lediglich Gewalt als Mittel zur Durchsetzung seiner "politischen Ziele" ablehnen (wohl im Hinblick auf seine Verurteilung zu zwei Jahren auf Bewährung wegen schwerer Körperverletzung).

Am Schluß forderte der Staatsanwalt 8 Monate auf Bewährung und 200 Arbeitsstunden bzw. 1500 DM Geldstrafe gegen die 4 Angeklagten.
Und dann der Hammer:
Falls das Gericht sich nicht zu einer Verurteilung durchringen könne, stellt er Hilfsbeweisanträge !!
Damit war der Prozeß geplatzt, da bereits am ersten Verhandlungstag klar war, daß ein Schöffe Ende der Woche in Urlaub fahren würde, und daß während einer Hauptverhandlung nicht mehr als 10 Tage Pause liegen dürfen.
Damit fängt alles wieder von vorne an !
Mit seinem Verhalten hat Zöcke den Prozeß, in dessen Verlauf er immer mehr in die Defensive gedrängt wurde, gesprengt.Die Anwälte der Angeklagten haben mitlerweile eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Zöcke erhoben.Ebenso beantragten sie, Staatsanwalt Zöcke von der weiteren Sachbearbeitung und Sitzungsvertretung in diesem Verfahren auszuschließen.
Wann der Prozeß wieder eröffnet wird, ist derzeit nicht absehbar, aber es ist davon auszugehen, daß dieses Jahr damit nicht mehr zu rechnen ist.

Wer mehr über den Prozeß wissen will, schreibt an:

Prozeßgruppe c/o EPI-ZENTRUM
Ottostr. 8
67657 Kaiserslautern

Dort kann auch die komplette Prozeßerklärung für 1 DM (pl 2 DM Porto) bestellt werden.

Spenden für die Prozeßkosten bitte auf das Konto Nr.100895630, BLZ 54052020 Kreissparkasse Kaiserslautern überweisen.

Danke !

Abschlußerklärung

Wir protestieren schärfstens gegen die Art, wie die Ermittlungen gegen uns geführt wurden. Für uns war von Anfang an klar, daß wir zu den Tätern gemacht werden sollten. Dafür gibt es verschiedene Beweise. Die sugestive Gegenüberstellung ohne Vergleichspersonen, die Absprache hinter der getönten Scheibe, das Stützen auf Zeugen, deren Aussagen extrem widersprüchlich und unklar waren, und die außerdem ein politisches Interesse an unserer Verurteilung hatten bzw. noch haben. Es ist für uns (gerade bei den Aussagen des Oliver Neumüller) nicht nachzuvollziehen, daß die oberflächliche Distanzierung von einem gewalttätigem Umfeld einen Faschisten glaubwürdiger macht.
Weiter die Vorverurteilungen als bekannte,linksradikale,reisende Täter, die schon in den Polizeiprotokollen verankert ist, sowie weitere diverse Ausschmückungen, die keine beweiskräftige Grundlage haben. Für den Staatsschutz (vertreten durch Herrn Risch) war von vornherein nur das interessant, was für uns irgendwie belastend war, und daß von Anfang an.
Es war ja auch nicht das erste Mal, daß diese Abteilung Ermittlungen gegen Linke an sich reißt und versucht, diese auf Biegen und Brechen zu Tätern zu machen. Daher empfinden wir die Methoden der Ermittler, wie auch die Tatsache, daß auf einer solchen Grundlage überhaupt das Verfahren gegen uns eröffnet wurde, als einen Angriff auf unsere politische Identität als Antifaschisten. Aber auch als Angriff auf unsere persönlichen Freiheiten innerhalb der letzten zwei Jahre. Daß der hier gegen uns geführte Prozeß kein Einzelfall ist, daß diese Art der Kriminalisierung gängige Praxis in der BRD ist, haben wir in unserer Eingangserklärung hinreichend dargelegt.
Wir sehen den Prozeß im Gegensatz dazu, als einen Teil staatlich gelenkter Anti-Antifa-Politik, die uns ruhigstellen und aktive AntifaschistInnen insgesamt zu gewalttätigen Haufen macht, um uns politisch zu denunzieren.
Das destruktive Verhalten des Staatsanwaltes Zöcke hat noch einmal klargemacht, daß es ihm nicht um ein faires Verfahren ging, sondern um die Aufrechterhaltung unserer Kriminalisierung. Herr Zöcke will (seinen Beweisanträgen zu entnehmen) am liebsten aus dem nächsten Prozeß ein mehrtägiges Tribunal machen.
Es gibt keinen gangbaren Weg in und mit diesem Staat und seinen Organen. Wir werden nur durch den solidarischen Kampf für eine grundsätzliche Umwälzung zu einem menschenwürdigem Leben für ALLE kommen.

keine weitere Kriminalisierung von AntifaschistInnen !
Freizügigkeit für alle Flüchlinge !

Hoch die internationale Solidarität

Wir danken nochmal allen Leuten, die uns bisher unterstützt haben und freuen uns auch, wenn Ihr das weiterhin tut.



Dienstaufsichts-beschwerde abgeschmettert !!!

Die Dienstaufsichtsbeschwerde die unsere Anwälte gegen den Staatsanwalt Zöcke (Siehe Artikel über unseren Prozeß) einleiteten, wurde vom leitenden Oberstaatsanwalt Anweiler mit der lapidaren Begründung abgelehnt, daß Zökke ihm seit Jahren bekannt sei und seine "fachliche Qualifikation und Objektivität" über jeden Zweifel erhaben sind. Deswegen wohl, genügte es dem leitenden Oberstaatsanwalt nur Zöcke um eine Stellungnahme zu bitten. Das dieser sein Verhalten rechtfertigte versteht sich wohl von selbst. Eine weitere Befragung von dem bei dem Prozeß anwesenden Zeugen wurde, wie beim vorsitzenden Richter mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt (zum Beispiel es würde die Gefahr von Befangenheitsanträgen bestehen) oder gar nicht erst in Erwägung gezogen. Weder die Schöffen noch ProzeßbesucherInnen, GerichtschreiberInnen noch die anwesende Presse wurden befragt. In Anbetracht dieser Tatsache stellten unsere Anwälte jetzt Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den leitenden Oberstaatsanwalt Anweiler. Diese muß vom Justizministerium des Saarlandes überprüft werden. Einmal schauen wie weit das Geklüngel (Deckung und Schutz) unter Justizbeamten reicht, und wenn .....

Wir können sie nicht zwingen die Wahrheit zu sagen, wir können sie aber zwingen immer dreister zu lügen.

KURDISTAN STIRBT LEISE...

--- Die Verstrickungen der BRD in den Völkermord am kurdischen Volk---

Jeder von uns hat noch die Bilder von frierenden, hungernden und sterbenden KurdInnen zur Zeit des Golfkrieges im Kopf. Ist auch nicht verwunderlich, flimmerten doch damals diese Meldungen täglich über die Mattscheibe. Nicht etwa um auf das jahrelang andauernde tägliche Leiden und Sterben in Kurdistan aufmerksam zu machen, sondern vielmehr um UNO, NATO und die USA in ein "besseres" Licht zu rücken und Ihre Position als Weltpolizei zu festigen.

Umso verwerflicher, jedoch nichts Neues ist es, daß alle Meldungen die Repressalien gegen KurdInnen betreffend binnen kürzester Zeit auf Seite 3 aller Zeitungen oder gar ganz aus den Medien verschwanden.
Die Durchschnittsbürger heutzutage wollen nur noch so weit informiert werden wie Sie spucken können. Bei vielen repräsentiert diese Entfernung auch Ihre Bereitschaft zur Aufnahme und Reflektion politischer Informationen. Dies führt dazu, daß die gängigen Medien dazu übergegangen sind, alles "vorzukauen" und zu zensieren. Sie sind schon längst, bis auf einige wenige, von der objektiven Berichterstattung abgewichen.

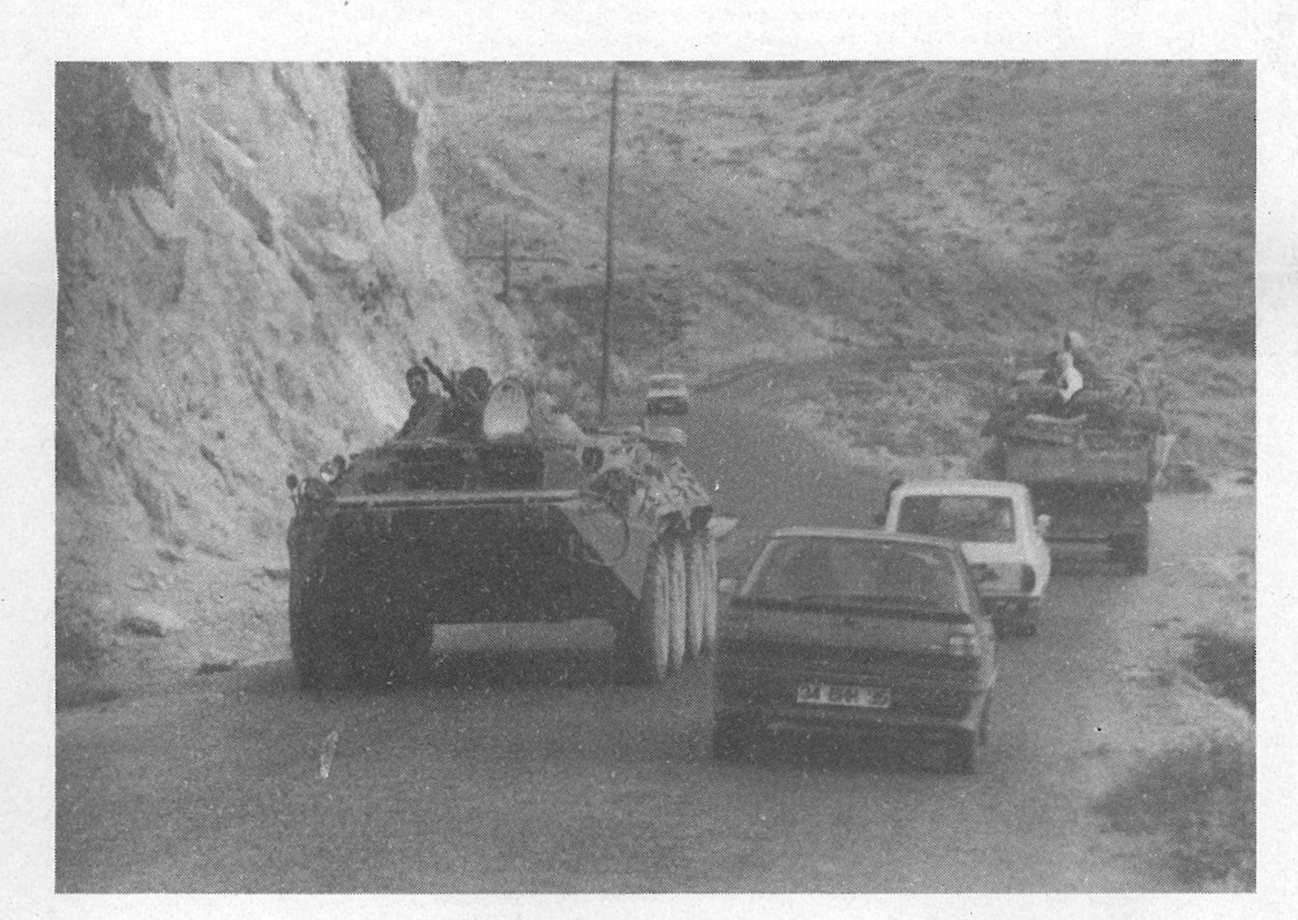
Innen- und außenpolitische Verstrickungen unseres Landes setzen anscheinend so manche RedakteurInnen unter solchen Druck, daß diese meinen Ihre Institution zum Sprachrohr unserer Regierung machen zu müssen.

Jüngstes Beispiel ist die mediale Zunichtemachung der Versuche von KurdInnen, sich mittels Aktionen in der BRD ein Forum zu schaffen und die Öffentlichkeit wach zu rütteln, bzw. Ihre Gegner wie beispielsweise die faschistischen Grauen Wölfe zu bekämpfen. Dabei ist es noch lange nicht erwiesen, auch nicht durch die Tatsache, daß man Personen festgenommen hat, die sich als KurdInnen ausgeben, daß hier die als terroristisch verschriehene PKK Anschläge verübt hat. Darüber spricht man nicht, vor allem nicht in der BRD, und wenn doch so war es dann die PKK.

Von 80% der kurdischen Familien hat jede Familie mind. einen/eine BefreiungskämpferIn in der PKK. Es liegt nur am Leser, nach Informationen zu suchen und anschließend Fakten und Tatsachen den dpa-Lügen gegenüberzustellen. Eine Guerilla, die Ihr Volk terrorisiert und massakriert, könnte unmöglich eine so breite Unterstützung im kurdischen Volk haben. Bleibt zu wünschen, daß hier in der BRD den KurdInnen eben solche Unterstützung seitens der Öffentlichkeit zuteil wird. Momentan ist eher das Gegenteil der Fall.

Die Verbrechen und Massaker am kurdischen Volk sind hierzulande längst bekannt und in Kurdistan leider an der Tagesordnung. Ungeachtet dessen wird jedoch das NATO-Mitgliedsland TR aktiv durch anhaltende Waffenlieferungen westeuropäischer Staaten, den USA und Rußland unterstützt. Insbesondere die deutschen Verantwortlichen, die sich das Image der Verteidiger und Retter der Menschenrechte geben möchten, verstecken sich hinter zwielichtigen Waffenschieberverträgen, getarnt als sog. NATO-Ausrüstungshilfe, wobei diese laut Art. 6 NATO-Vertrag nur zu NATO-Zwecken verwendet werden dürfen. D.h. konkret, der am 23. Sept. ´92 von einem NVA-Panzer des Typs BTR-60 zu Tode geschleifte behinderte Mesut Dündar wäre Gegenstand von NATO-Interessen gewesen. Dieses Verbrechen und seine Rechtfertigung, er habe Sprengstoff am Körper getragen ist wie viele andere an den Haaren herbeigezogen und beschämender, blanker Hohn.

Das ist nur ein Beispiel für den tendenziellen Völkermord und die ethnische Säuberung in Kurdistan. Dies alles geschieht wohlgemerkt mit Hilfe deutscher Waffen, es kann niemand behaupten, Sie/Er hätte von alledem nichts gewußt. Die BRD ist nicht umsonst zweitgrößter Rüstungsexporteur der Welt.



Deutscher BTR-60 Panzer, 25.9.93 bei Sirnak

Foto Roland Röder

Die kurdische Arbeiterpartei, in der BRD nicht als Bürgerkriegspartei anerkannt, stellt eine berechtigte Gruppierung zur Vertretung kurdischer Interessen im In- und Ausland dar. Je ausdauernder unsere Regierung versucht, ein Volk auf Grund seiner geographischen Lage und teils militärischer Verteidigung von Menschenrechten totzuschweigen, desto mehr wird dieses ins Abseits von der sog. "polit. Legalität" gedrängt und ist gezwungen auf andere Weise an die Öffentlichkeit zu gehen.

Schaut man genauer hin, ist es nicht verwunderlich, warum der Regierung soviel daran liegt, die ganze Schuld auf die PKK zu laden. Die BRD wetzt das Messer und die TR schlachtet. Allein im Jan. ´93 wurden 68 Menschen durch Unbekannte ermordet. Die Regierung der TR hat keinerlei Skrupel, Massaker am kurdischen Volk durch staatlich gelenkte Todesschwadronen zu begehen, um Sie zu allem Überfluß auch noch der PKK in die Schuhe zu schieben.

Eines der jüngsten Beispiele ist das Dorf Lice, das Teil der Endlösung der KurdInnenfrage wurde. Hier hat man ein kurdisches Dorf dem Erdboden gleich gemacht und von der Landkarte ausradiert. Seltsamerweise sind die militärischen Anlagen, bis auf wenige in den Putz eingepreßte Alibi-MG-Salfen völlig unversehrt. Solche Racheakte oder Hinrichtungen gibt es unzählige, ob in Bahcesaray oder Diyadin, alle haben sie eins gemeinsam, über solche Aktionen

So ist bekannt, daß 18000 Artilleriegranaten des Typs M483 der Fa. eurometaal, besonders geeignet für den Bergkrieg und eingestuft als Massenvernichtungswaffe sowie 2 Fregatten für 750 Mio. DM über den Ladentisch gingen. Überflüssig zu erwähnen wer Käufer und Verkäufer war. Ebenso 13 Kampfflugzeuge des Typs Phantom, ironischerweise als Aufklärungsflugzeuge deklariert, die schon an die TR ausgeliefert wurden. 33 andere werden bald folgen. Verkäufer ist die Daimler-Tochter Desa in Manching. Preis: 50.398.500,- DM. Doch damit nicht genug, bei einem Besuch von türischen Sicherheitsbeamten im Dez. letzten Jahres in Deutschland ist durch ein Abkommen festgelegt worden, daß Spezial-Team-Einheiten und die Konter-Guerilla in Deutschland ausgebildet werden. In der Türkei haben Sie den offiziellen Namen Special Actions Force, werden im Volk aber kurz "Schwarze Käfer" genannt. Diese haben Ihr know how von unseren "grünen Entwicklungshelfern" der GSG9 erworben. Gerechtfertigt wurde die Ausbildung der türkischen Geheimdienste von einem Hauptmann Anselm Weygold, einer der "Helden von Mogadischu" mit der Begründung, die PKK sei eine terroristische Vereinigung und wegen der geostrategischen Lage der Türkei als Umfassungsvorposten gegen den Ostblock. Die meisten Menschen wissen auch nicht, daß jetzt deutsche Schäferhunde der GSG9 Ihr Futter am Bosporus suchen und finden. Tatsache ist und bleibt, daß die Regierung der BRD hier aktive logistische Unterstützung für ein eines der vielen Militärregimes in der Welt leistet.

Es scheint als hätten einige Deutsche nach all dieser Zeit noch immer nichts aus der Vergangenheit gelernt. Denn Sie heucheln uns weiterhin etwas vor und treiben die einst gelernte und perfektionierte ethnische Säuberung zügig voran. Wo es um satte Gewinne im Rüstungsgeschäft geht, bedient man sich gerne der mittelbaren Täterschaft der Regierung.
Für uns muß ständig in Erinnerung bleiben und vor allen Dingen auch nach dem Motto gehandelt werden, wer wegschaut und darüber Schweigen bewahrt macht sich schuldig. Viele sagen immer so schön: "Nie wieder Faschismus und kein 4. Reich" , lassen aber anderswo solche Machtstrukturen bestehen und helfen zualledem noch bei deren Aufbau. Wir können lange nicht so viel fressen wie wir kotzen möchten, deshalb hilft nuf eins. Beweisen wir gemeinsam entschlossene Solidarität im Kampf gegen Faschismus, Nationalismus und den Terror totalitärer Regimes.

--- Schickt Delegationen nach Kurdistan um neue Massaker am kurdischen Volk, insbesondere am 21.3.94, dem Newroz-Tag zu verhindern.
---Stoppt alle Waffenlieferungen an die TR, wie die in Leck und Bremgarten lagernden Phantom-Kampfflugzeuge.
---Beendet die Unterstützung von Völkermord und Kriegsverbrechen am kurdischen Volk seitens der Bundesregierung.
---Freilassung aller polit. Gefangenen.
---Beendigung der Verfolgung von KurdInnen als TerroristInnen und Einstellung aller Verfahren nach §129a StGB.

Laut Resolution UN von ´77 ist jedes kolonialisierte Volk legitimiert, bewaffneten Widerstand gegen die Kolonialmacht zu führen. Deshalb fordern wir auch hier:
---Anerkennung der PKK als Bürgerkriegspartei und freies Selbstbestimmungsrecht für ein freies Kurdistan

WEGEN NICHTS UND WIEDER NICHTS ...

Vor drei Wochen wurde in Kaiserslautern ein Kurde von der Straße weg verhaftet. Ihm wurde vorgehalten, daß es noch einen Paß auf seinen Namen gibt. Ohne die näheren Umstände zu erfahren, wurde er am Abend auf die Logenstraße verschleppt. Dort wurde er ohne Essen erstmal über Nacht festgestzt. Etwas von Geiselnahme wurde gefaselt, ohne diesen Vorwurf in irgendeiner Form zu begründen.
Etwa eine Stunde nach seiner ersten Freilassung am Nachmittag des nächsten Tages, erschien die Polizei bei freunden, bei denen er sich aufhielt, und "bat" ihn, nochmal mitzukommen, um den Vorgang endgültig zu klären Später stellte sich heraus, daß es sich um eine zweite Festnahme handelte, bei der der Kurde nun ED behandelt wurde. Freunden und Freundinnen wurde von der Polizei erklärt, daß seine Fingerabdrücke im LKA Düsseldorf und Mainz und beim BKA mit anderen abgeglichen werden sollten. Am Anfang sprach die Polizei noch davon, daß er noch in der Nacht wieder rauskäme. Nach öfteren Anrufen, die auf die Freilassung des Kurden drängten, entblödete sich dann ein Polizist der Nachtschicht den FreundInnen weiszumachen, daß das BKA eine ganz normale Institution wäre, die auch nur von 9-16 Uhr arbeite, so daß der Kurde die ganze nacht noch dableiben müßte. So kam es dann auch. Der Kurde wurde erst am nächsten Tag gegen 10:30 Uhr rausgelassen. Wie sich weiter herausstellte, war das mit den Fingerabdrücken eh unsinnig, da zwischen den beiden Kurden ein Größenunterschied von mehr als 20 cm (!) besteht und das Paßbild keinerlei Ähnlichkeiten aufwies.

Abschiebung von schwangerer Kurdin verhindert

Schon Ende Juni dieses Jahres wurde der Asylantrag der Kurdin Y. von dem Verwaltungsgericht Neustadt abgelehnt. Das der Bruder der Frau von türk. Spezialeinheiten ermordet wurde und ihr Vater an den Folgen von Folterungen im Polizeigewahrsam starb, machte vor Gericht keinen Eindruck. Auch daß das Dorf, aus der die Frau kommt, wie 300 andere kurd. Dörfer, dem Erdboden gleich gemacht wurde, interessierte das deut. Gericht kein Stück. Nur dem vorübergehenden Abschiebestop, in das Kriegsgebiet Nord-West-Kurdistan, ist es zu verdanken, daß die Kurdin nicht sofort abgeschoben wurde. Trotz das sich die Situation in N-W-Kurdistan noch erheblich verschärft hat, hoben die Innenminister der Länder und des Bundes den Abschiebestop auf. In diesem Zusammenhang wird von der Fluchtalternative Westtürkei geschwafelt.

FORTSETZUNG →
NÄXTE SEITE

Realität ist das, durch die Masse der Flüchtlinge und durch die wirtschaftliche Lage in der Türkei, sich Ghettos mit notdürftigen Hütten um die Großstädte herum bilden. Dazu kommt das KurdInnen regelmäßig durch türk. Sicherheitskräfte terrorisiert werden. Dorthin wollte die Ausländerbehörde die schwangere Kurdin und ihr 10 Monate altes Kind schicken. Diese geplante Abschiebung ist so rassistisch und menschenverachtend wie die Institution "Ausländerbehörde" selbst. Eigentlich gab es noch eine Zusage, daß die Frau solange noch in der BRD bleiben darf bis das Asylverfahren ihres Ehemannes abgeschlossen ist. Daran wurde aber dann die Bedingung geknüpft, daß der Ehemann auf sämtliche Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Bundesamtes verzichtet und / (jetzt der Hammer) gleichzeitig noch auf den Bezug von Sozialhilfe für die Dauer bis zur Ausreise (!) genauso verzichtet. Das hieße unter anderem das es keine Finanzierungsmöglichkeit für eine Entbindung gegeben hätte. OB Piontek versuchte dieses Verhalten auch noch als Kompromiß zu verkaufen. Ab dem 1.10.93 wurde der kurd. Familie die Sozialhilfe gesperrt und Frau und Kind durch die Polizei abgeholt und beim Gesundheitsamt zwangsvorgeführt. Um die sofortige Abschiebung zu verhindern hielt sich die Frau und ihr Kind ab diesem Zeitpunkt versteckt. Es kam zu einer Pressekonferenz in den Räumen der Apostelgemeinde auf der die Presse über die damalige Situation informiert wurde. Neben dem Grünen Färber und der Ausländerbeauftragten H. Karg nahmen der Kirchenvertreter Kohlstruck, Mitglieder einer Delegation die vor kurzem in N-W-Kurdistan war, Kurden, Antifa's und Rechtsanwalt Grünental teil. Der Pfarrer der Kirchengemeinde bot Kirchenasyl an. Letzt endlich konnte der Rechtsanwalt die Aufhebung der Abschiebung und eine weitere Duldung vor dem Verwaltungsgericht Neustadt durchsetzen. Wir denken, daß das Schaffen von öffentlichkeit und eine breite Solidarität, die von Seiten der Kirchenvertreter und dem Arbeitskreis Asyl, vor allem humanistisch begründet wurde, die Abschiebung vorerst verhindert hat. Wie das Asylverfahren des Mannes weiter läuft bleibt abzuwarten. Die Entscheidung kann aber innerhalb des nächsten halben Jahres fallen.

Was uns am meisten auffiel war das menschenverachtende und rassistische Verhalten aller städtischen Institutionen, vom OB Piontek bis zum Sozialamt, von der Ausländerbehörde bis zum Gesundheitsamt. Wir dürfen es nicht länger zulassen uns von solch menschenverachtenden Bürokraten regieren zu lassen, denen Papier mehr wert ist, als das Leben und Schicksal von Menschen. Genauso müssen aber die Regierungen in Bund und Länder für ihre, gerade auch im Umgang mit KurdInnen rassistische Flüchtlingspolitik angegriffen werden. Die selbe Regierung ist durch Militärhilfe verschiedenster Art am Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk beteiligt und versucht die Organisierung der daraus resultierenden Flüchtlingsbewegung in der BRD zu verhindern.



Ein Kommentar

"Wir werden die Kurden totschlagen. Bis Frühling 1994 werden wir sie liquidieren. Wir werden sie auch in Europa liquidieren". Diese Drohung stammt vom türkischen Staatspräsidenten Demirel und dem Generalstabschef Dogan Güres. Sie wurde während der Sitzung des nationalen Sicherheitsrates am 25. Oktober ausgesprochen. Drei Tage später am. 28. Oktober, veröffentlichte die türkische Tageszeitung "Hürriyet" eine Liste mit Namen und Photos von führenden PKK-Kadern.
Gleichzeitig wird in der Türkei ein grausamer Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung geführt. Die Stadt Lice, die am 22.Oktober von der türkischen Armee zerstört wurde (siehe Artikel in dieser Ausgabe), ist kein Einzelfall, sondern ein Beispiel für den ständig zunehmenden Terror im türkischen Teil Kurdistans.

Das ist der Hintergrund der Anschläge vom 4. November von Kurden und Kurdinnen auf türkische Einrichtungen in der BRD. Die politische Verantwortlichkeit für diese Angriffe liegt bei den Betreibern und Unterstützern des Krieges in Kurdistan. Die Bundesrepubik ist der größte Waffenlieferant der Türkei - und genau diese Bundesrepublik spielt sich nun zum Richter auf. Die nach den Anschlägen stattfindenden Hausdurchsuchungen bei vielen kurdischen Vereinen, z.B. beim kurdischen Kulturverein in Saarbrücken, und die Debatte um ein PKK-Verbot sind nur ein Ausdruck davon. Nicht ein Verbot der PKK oder der kurdische Kulturvereine kann solche Angriffe zukünftig verhindern, sondern nur ein sofortiger Stopp der deutschen Waffenlieferungen und das Ende des Krieges.

Der Düsseldorfer Schauprozess

Die Debatte um das PKK-Verbot ist nicht neu. Seit dem 24. Oktober 1989 läuft in Düsseldorf der sogenannte "PKK-Prozess". Ankläger ist die BRD, vertreten durch die Bundesanwaltschaft. Den Angeklagten wird vorgeworfen, innerhalb der PKK ein terroristische Vereinigung gebildet zu haben. Von den ursprünglich 19 Angeklagten sind noch 4 übrig geblieben, die sich nun seit mehr als 5 Jahren in Isolationshaft befinden. In den Augen der Verteidigung ist das Verfahren juristisch längst zu einer Blamage für die Ankläger geworden. Die Anwälte gehe davon aus, daß das Gericht am angestrebten Ziel festhält. Offensichtlich gibt die Bundesregierung mit diesem Verfahren dem Druck des NATO-Partners Türkei nach, den Aktionsradius politisch aktiver Kurden in der BRD einzuschränken. Den Einsatz deutscher Waffen an Kurden pariert die Türkei mit dem Verweis auf den, laut NATO-Statut erlaubten, Einsatz der Waffen gegen Terroristen. Wenn nun der größte Waffenlieferant und Geldgeber die PKK als terroristisch aburteilt, kann die Türkei noch unerbittlicher vorgehen. Das Verbot einer ausländischen Befreiungsbewegung wäre ein Präzedenzfall in der Geschichte der BRD.

Die PKK und die Linke

Mit der PKK hat nicht nur der deutsche Staat seine Probleme.
Auch die deutsche Linke und Internationalismusbewegung setzt seit Jahren mehrheitlich auf Entsolidarisierung. Den zentralen Vorwurf, die PKK solle Andersdenkende ermordet haben, kann selbst die Bundesregierung, trotz aller Mühe, nicht beweisen. Außerdem handele es sich bei der PKK um eine zentralistische, stalinistische und nationalistische Organisation. Nur ist es offensichtlich so, daß die PKK im türkischen Teil Kurdistans verankert ist und auch in Europa zu Demonstrationen mehr als 100.000 Menschen mobilisieren kann. Die in der Bundesrepublik lebenden KurdInnen zerstören das bei Linken und 3. Welt-Organisationen weit verbreitete Bild von Flüchtlingen:
Flüchtlinge werden akzeptiert, solange sie passiv bleiben und für jeden Schritt ihre engagierten Sozialarbeiter um Erlaubnis fragen. Sobald sie aber aus der Rolle des kulinarisch und folkloristisch engagierten Ausländers fallen und politische Forderungen stellen, ist es mit der linken Parteinahme vorbei.

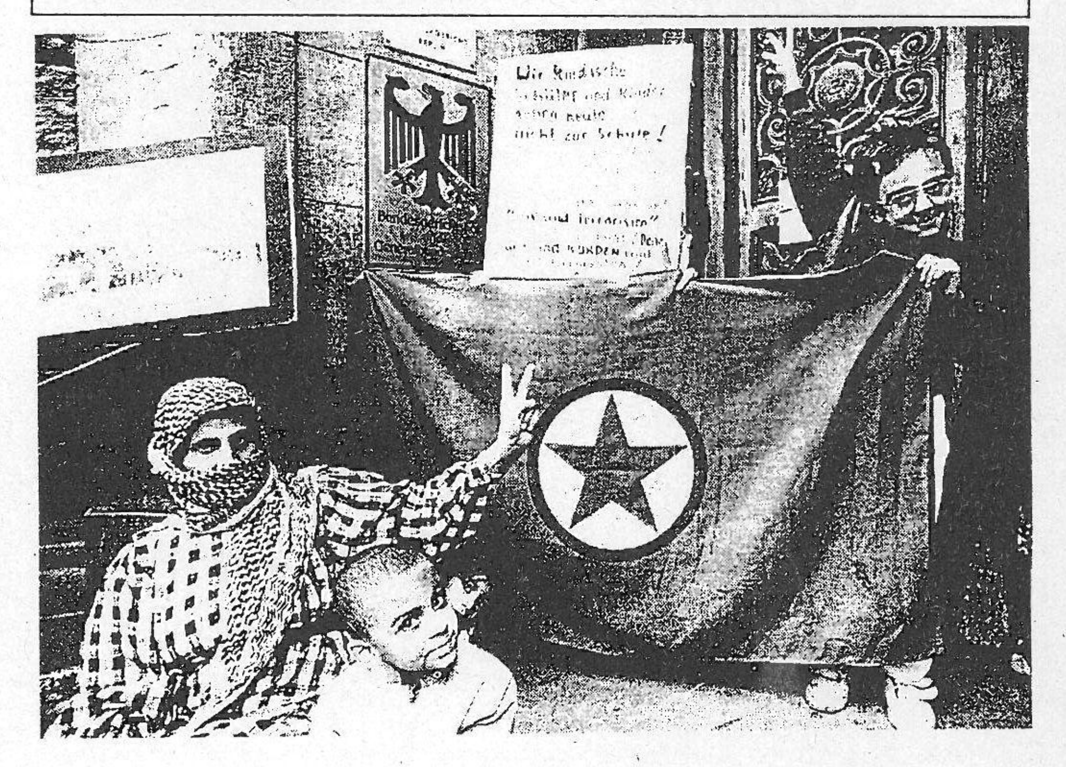
Solidarität mit dem Befreiungskampf in Kurdistan kommt an einer Auseinandersetzung mit der PKK nicht vorbei; dabei kann es jedoch nicht um bedingungslose Hurra-Solidarität gehen. Wenn beispielsweise für ein europaweite kurdisches Fest in Frankfurt mit einem Plakat geworben wird, auf dem der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, überlebensgroß auf der "breiten Masse" von TeilnehmerInnen einer Demonstration in Bonn steht, ist Kritik am Personenkult angebracht. Die gängigste Form der linken Auseinandersetzung jedoch mit diesen und anderen Kritikpunkten ist Abstinenz. Staatliche Interessen korrespondieren hier mit der Unfähigkeit weiter Teile der Linken und der 3.Welt-Organisationen, politisch zu intervenieren.

Hurra-Solidarität, die den Kampf in Kurdistan als Ersatz für anscheinend nicht realisierbare Veränderungen im eigenen Land begreift, kann auch nicht gefragt sein. Diese Art von Funktionalisierung gab es schon häufig genug. Genauso wenig taugt der bewaffnete Kampf für eine innerlinke Mythen- und Heldenproduktion. Er ist mit unsagbar viel Leid verbunden.

Bei aller Kritik - das Problem in diesem Konflikt ist nicht die PKK, sondern die türkische Armee und Regierung. Diese weigern sich, an den Verhandlungstisch zu gehen und setzen stattdessen auf die militärische Lösung. Dagegen ist die PKK zu Verhandlungen und einer politischen Lösung bereit; das hat sie mit einem einseitigen Waffenstillstand im März dieses Jahres gezeigt.

Roland Röder, Gertrud Selzer

Die beiden AutorInnen reisten im September und November im Rahmen von zwei Delegationen für die AKTION 3.WELT im Saarland und den BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) nach Kurdistan; dort u.a. nach Lice, Batman, Diyarbakir, Sirnak. Kontakt und Information: AKTION 3.WELT, Weiskircher Str. 24, 66674 Losheim Tel 06872/6982 Fax 7826



Völkermordanzeige
gegen bundesdeutsche staatliche Stellen wegen Unterstützung des Völkermordes am kurdischen Volk

Der türkische Staat begeht Völkermord am kurdischen Volk. Mit allen Mitteln bekämpft er den kurdischen Freiheits- und Unabhängigkeitswillen, Demokratie, nationale und kulturelle Rechte. Die türkische Armee zerstört in Kurdistan Hunderte von Dörfern, vertreibt und deportiert Zehntausende von Menschen, schießt auf Demonstrationen, ermordet kurdische Politiker, Journalisten, Menschenrechtler. Dabei setzten die türkischen Sicherheitskräfte deutsche Panzer, Hubschrauber, Gewehre und Bomben ein. Nun will der türkische Staat die Tageszeitung verbieten, die die Forderungen des kurdischen Volkes in den Vordergrund stellt, die für Demokratie und Menschenrechte eintritt.

Die Tageszeitung *Özgür Gündem*: Die Zeitung wird beschlagnahmt und verfolgt. Herausgeber und Chefredakteure werden zu 60 Mill. DM Geldstrafe verurteilt. Die Verkäufer werden ermordet, ihre Zeitungskioske verbrannt. Die Journalisten werden von der Polizei verschleppt, gefoltert und ermordet. Jetzt will der türkische Staat *Özgür Gündem* verbieten.

Die Tageszeitung *Özgür Gündem* erscheint seit dem 31. Mai 1992. Aufgrund der massiven staatlichen Repression mußte sie ab dem 15. Januar 1993 für drei Monate ihr Erscheinen einstellen. Seit dem 26. April 1993 kommt sie wieder täglich heraus.
Im folgenden eine kurze Zusammenfassung der staatlichen Repression gegen *Özgür Gündem*.

Die Morde an Journalisten in der Türkei 18. Februar 1992 bis 13. September 1993

Halit Güngen, Korrespondent der Zeitschrift *2000'e Dogru*, wurde am 18. Februar 1992 in Diyarbakir ermordet.
Cengiz Altun, Korrespondent der Wochenzeitung *Yeni Ülke*, wurde am 25. Februar 1992 in Batman ermordet.
Izzetin Kezer, Fotojournalist der Zeitung *Sabah*, wurde am 23. März 1992 in Cizre ermordet.
Bülent Ülkü, Herausgeber und Redakteur der Zeitung *Körfeze Bakis*, wurde am 31. März 1992 in Bursa ermordet.
Hafiz Akdemir, Korrespondent der Zeitung *Özgür Gündem*, wurde am 8. Juni 1992 in Diyarbakir ermordet.
Cetin Ababay, Vertreter der Zeitschrift *Özgür Halk*, wurde am 29. Juli 1992 in Batman ermordet.
Yahya Orhan, Korrespondent der Zeitung *Özgür Gündem*, wurde am 31. Juli 1992 in Gercüs ermordet.
Hüseyin Deniz, Korrespondent der Zeitung *Özgür Gündem*, wurde am 9. August 1992 in Ceylanpinar ermordet.
Musa Anter, Redakteur der Zeitungen *Özgür Gündem*, *Yeni Ülke* und *Welat*, wurde am 20. September 1992 in Diyarbakir ermordet.
Halit Kapcak, freier kurdischer Journalist, wurde am 17. November 1992 in Mazidagi ermordet.
Namik Taranci, Redakteur der Zeitschrift *Gercek*, wurde am 20. November 1992 in Diyarbakir ermordet.
Orhan Karaager, Redakteur der Zeitung *Özgür Gündem*, wurde am 19. Januar 1993 in Van ermordet.
Kemal Kilic, Journalist der Zeitung *Özgür Gündem*, wurde am 18. Februar 1993 in Urfa ermordet.
Ugur Mumcu, Redakteuer der Zeitung *Cumhuneyet*, wurde am 24. Januar 1993 in Ankara ermordet.
Ferhat Tepe, Journalist der Zeitung *Özgür Gündem*, wurde am 4. August 1993 in Elazig ermordet.
Burhan Karandeniz, Journalist der Zeitung *Özgür Gündem*, wurde am 5.August 1992 durch Schüsse so schwer verletzt im Rücken, daß er von der Hüfte abwärts gelähmt ist und sein Leben lang an den Rollstuhl gefesselt ist.
Aysel Malkac, Journalistin der Zeitung *Özgür Gündem*, wurde am 7. August 1993 von der politischen Polizei in Istanbul verschleppt. Bis heute fehlt von ihr jede Spur. Es gibt Zeugen, die gesehen haben, wie Aysel Malkac bei der politischen Polizei Istanbul schwer gefoltert wurde.

Folter, Mord, Erpressung, Beschlagnahme, Brandschatzung - der türkische Staat und die Pressefreiheit

1992 wurden 39 Ausgaben der Tageszeitung *Özgür Gündem* beschlagnahmt. Jede Beschlagnahmung brachte der Zeitung einen Verlust von 35-40.000 DM bei. Während dieser Zeit wurden gegen den Herausgeber und die beiden Chefredakteure von *Özgür Gündem* insgesamt 60 Millionen DM Geldstrafe und über 100 Jahre Gefängnis in Prozessen gefordert.
1992 wurden über 50 Korrespondenten/innen von *Özgür Gündem* festgenommen, meist lange in Haft gehalten und alle wurden gefoltert. Alle Redaktionsräume wurden von der Polizei überfallen und verwüstet.
1992 wurden drei Vertriebsbeschäftigte von *Özgür Gündem* ermordet. Einer von ihnen wurde in seinem Fahrzeug beim Transport der Zeitung verbrannt. Weiter wurden zwei Kioskbesitzer, die die Zeitung verkauften, ermordet. Mindestens zehn Vertriebsfahrzeuge und zehn Kioske wurden in Brand gesteckt. Alle Kioskbesitzer, die *Özgür Gündem* vertreiben, werden von der Polizei bis heute bedroht.
Ende 1992 wurde der Vertrieb von *Özgür Gündem* in Kurdistan von der Polizei völlig unterbunden. In der Türkei wurden viele Leser als "Terroristen" festgenommen.
September 1993: Am 12. September 1993 wurde das Büro von *Özgür Gündem* in Batman durch einen Bombenanschlag verwüstet. Statt die Täter zu suchen, nahm die Polizei den Vertreter von *Özgür Gündem* in Batman, **Mehmet Sah**, und den Büromitarbeiter **Cevdet Birkay** fest. Am gleichen Tag wurde der Van-Korrespondent **Aslan Sara** festgenommen. Die Büros in Batman, Van, Cizre, Mardin und Elazig sowie die Zentrale in Istanbul sind von der Polizei ständig überwacht und umzingelt. Fünf Korrespondenten der Zeitung sind immer noch in Haft, ein Mitarbeiter wurde ermordet, eine weitere ist seit über einem Monat "verschwunden". Der Vertrieb wird behindert, die Post beschlagnahmt, die Telefone werden abgehört, eine Verurteilung folgt der nächsten - die staatlichen Repressionsmaßnahmen werden ständig ausgeweitet.

Der türkische Staatsterror gegen die Opposition, gegen die legalen demokratischen Institutionen in Kurdistan wird immer weiter gesteigert. Neben *Özgür Gündem* will der türkische Staat auch den Menschenrechtsverein IHD, die politischen Parteien HEP und DEP vernichten. Die Repression wurde soweit gesteigert, daß in dem Augenblick, als der Herausgeber von *Özgür Gündem*, **Yasar Kaya**, zum Vorsitzenden der Partei der Demokratie (DEP) gewählt wurde, die Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen ihn erließ.

Das Ziel des türkischen Staates ist das Verbot von Özgür Gündem.

Es wurde ein Verbotsverfahren nach dem Gesetz Nr. 3713, dem "Anti-Terror-Gesetz" gegen die Zeitung eröffnet. Die Zeitung wird beschuldigt, mit ihrer Berichterstattung über Kurdistan, den Völkermord der türkischen Armee in Kurdistan und den kurdischen Unabhängigkeitskampf "Propaganda für eine terroristische Organisation" (PKK) zu machen und "die unteilbare Einheit des Staates" zu verletzen.

Die Bundesregierung kennt diese Verletzungen der Pressefreiheit. Sie liefert aber weiter Waffen an die Türkei.

Anfang dieses Jahres erstatteten Vertreterinnen und Vertreter mehrerer Organisationen, Parteien und Verbände sowie Einzelpersonen beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe Strafanzeige nach § 220a Strafgesetzbuch "gegen bundesdeutsche staatliche Stellen und Verantwortliche, insbesondere im Wirtschafts-, Außen- und Verteidigungsministerium, Rüstungsbetriebe und Einzelpersonen wegen der Unterstützung des Völkermordes und Aggressionskrieges der türkischen Regierung an dem kurdischen Volk". Daß der Generalbundesanwalt bisher nicht ermittelt hat, können wir nur so deuten: die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe deckt die Politik des Völkermords in Kurdistan.



Foto Roland Röder

Der Mann mit dem Weizen steht auf dem Boden seines zerstörten Hauses Lice 1 Woche nach der Zerstörung durch das türk. Militär.

Das PKK-Verbot und seine Folgen

oder

wie Komplizenschaft zwischen kriminellen Regierungen als "Völkerverständigung" verkauft wird

Am 26.11.1993 morgens um 6.00 Uhr hatte der kurdische Kulturverein in der Alten Feuerwache, Saarbrücken, zum zweiten Mal innerhalb dieses Monats Besuch vom Landeskriminalamt Abteilung Terrorismus. Diesesmal nahmen die Herren des Morgengrauens alles mit, was ihnen in ihre Klauen geriet: Bücher, Musikkassetten, Fernseher, Videorecorder, Zeitungen, Bilder, Telefonapparat, Faxgerät... Zurückgelassen haben sie leere Schränke, an denen die erst kürzlich reparierten Türen wieder aufgebrochen wurden, ein paar Transparente, Tische und Stühle, und eine über 50 Seiten lange "Begründung" ihres Terrors.
In Ihr ist unter anderem nachzulesen:
- In noch fünf anderen Räumen im Saarland wurden zur gleichen Zeit Hausdurchsuchungen durchgeführt,
- das Verbot der PKK, der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans), der FEYKA (Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen) erstreckt sich noch auf 29 Kulturvereine und Solidaritätskomitees, auf das Kurdistan-Komitee in Köln, auf den Berxwedan-Verlag und die Kurdistan-Haber Nachrichtenagentur.

Um die Entstehung neuer kurdischer Interessensvertretungen gleich unmöglich zu machen, heißt es in dem Pamphlet noch: *"Gleichzeitig werden die Bildung von Ersatzorganisationen für die genannten Vereinigungen sowie die Fortführung bestehender Organisationen als Ersatzorganisationen verboten"*.

Da die PKK auf deutschem und westeuropäischem Gebiet gar nicht existiert, ein Verbot also völlig unbedeutend ist, müssen Konstruktionen von Organisationszusammenhängen herhalten, wie sie hier bereits aus Verfahren nach § 129 und § 129a (Unterstützung-, Mitgliedschaft-, Werbung in/für eine terroristische Vereinigung) seit den 70ger Jahren angewandt werden.
So wird die politische und ideologische Nähe der kurdischen Organisationen in Deutschland mit der PKK genannt,
Mitgliedern der Organisationen werden Aktivitäten in der PKK unterstellt.
Und um gleich nochmal für die nächsten Jahre klarzumachen, wohin der Hase laufen soll für Organisationen, die andere als BRD-Interessen vertreten: *"...die Tätigkeit der PKK sowie ihrer Teilorganisationen verstößt gegen Strafgesetze, **richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung**, gefährdet die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland. ... Die Straftaten stören das friedliche Zusammenleben zwischen Kurden und Türken sowohl in der Türkei als auch in Deutschland. ... Die gewalttätigen politischen Aktionen...**gefährden die außenpolitischen Belange der BRD. Sie stören erheblich das Verhältnis zum türkischen Staat**. ... Die politische Agitation der PKK und ihr nahestehender Organisationen hat zwischenzeitlich ein außenpolitisch nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht."*
"...Die deutsche Außenpolitik und die Außenpolitik der gesamten westlichen Welt tritt für (die) Integrität eines wichtigen NATO-, WEU- und Europaratspartners im Interesse des Friedens in der gesamten Region ein. Eine weitere Duldung der PKK-Aktivitäten in Deutschland würde diese deutsche Außenpolitik unglaubwürdig machen und das Vertrauen eines wichtigen Bündnispartners, auf das Wert gelegt wird, untergraben. Darüber hinaus werden dadurch diejenigen Kräfte in der Türkei gestärkt, die die Bindung an Europa und an die westliche Welt lockern wollen..."

Die jetzt durch das Bundesinnenministerium verbotenen Organisationen vertreten die Interessen der Mehrheit der kurdischen Menschen, und das Verbot ist nach den Genfer Konventionen über die Anerkennung kriegführender Parteien völkerrechtswidrig.

Protestiert gegen den staatlichen Terror, schreibt Resolutionen an:

Bundesministerium des Innern
Postfach 17 02 90
53108 Bonn

Minister des Innern des Saarlandes
Franz-Josef-Röder-Straße 21
66119 Saarbrücken

Beteiligt Euch an Protestaktionen gegen die Schließung der kurdischen Vereine.

SOLIDARITÄT MIT DEM KURDISCHEN BEFREIUNGSKAMPF!

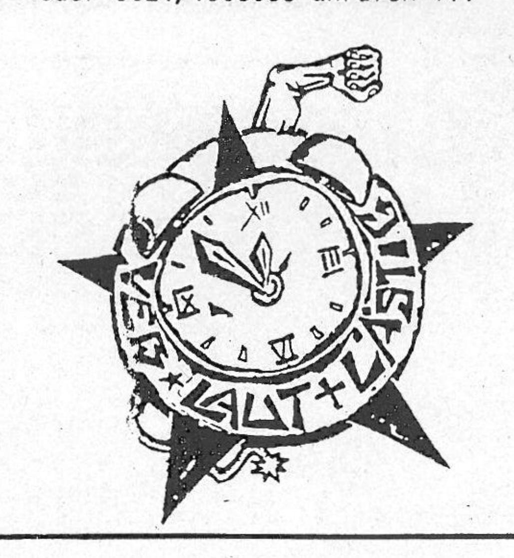


WER SICH IN DEN ALLTAG BEGIBT, KOMMT DARIN UM

Im September 93 wurde der **VEB LAUT & LÄSTIG** gegründet. Hinter dem Namen verbirgt sich ein Zusammenschluß von MusikerInnen aus dem Punk/Hardcore Bereich, KonzertveranstallterInnen und Menschen aus der antifaschistischen bzw. autonomen Szene. Ziel der Gruppe ist gute und billige Konzerte in der Rhein/Neckar-Region zu veranstallten, bei denen auch politisch etwas rüberkommt. Gerade in einer Zeit wie dieser ist es verdammt wichtig dem braunen Mob und der bornierten Gleichgültigkeit der Masse unsere geballte Kraft und Lebendigkeit entgegen zu setzen. Wir wollen den Leuten Mut machen den Widerstand zu leben, neuen Leuten zeigen, daß es noch Alternativen zu Lichterketten und Bausparverträgen gibt und den HERRschenden gegenüber laut und lästig sein. Der **VEB LAUT & LÄSTIG** ist nicht kommerziell und die MitarbeiterInnen bekommen nichts (außer Ruhm und Ansehen), d.h. im Klartext, daß alle Einnahmen an die Bands zurückfließen oder an autonome Projekte (Antifa, Häuserkampf, Tierschutz, Knast- oder Prozeßgruppen etc.) gehen. Wir hoffen, daß wir mit dem Erfolg des Projektes **VEB LAUT & LÄSTIG** den Menschen ohne den berühmten moralischen Zeigefinger des Sozialarbeiters (zur Hölle mit ihm) zeigen können, wie gut es möglich ist sich selbst zu organisieren und eigenverantwortlich zu handeln. Ach ja, klar ist natürlich, daß wir solchen halbfaschistoiden, sexistischen Blähungen wie BECKS PISTOLS, LOKALMATADOREN, SPRINGTOIFEL, OHL oder BIOHAZARD und PRO PAIN eine Abfuhr erteilen werden und auch reformistische Schleimscheißer wie NORMAHL wieder heimschicken !!!

O.K., THAT'S PUNK; LIVE IT OR LEAVE IT !!!

Falls also politisch korrekte Band/Gruppen Interesse an Auftritten im Raum HD/LU/MA haben, bitte Demotape + Textblatt an folgende Adresse schicken:
VEB LAUT & LÄSTIG c/o Schwarzwurzel
Jakob Binderstr. 10 67063 Ludwigshafen
oder **0621/1563633** anrufen !!!





zu dem Neonazitreffen am 12.6.93 in Worms-Pfedders heim und den Polizeiaktionen gegen AntifaschistInnen sowie dem (Nicht-)Verhalten des Innenministeriums.

Die Wormser Neonaziscene...

ist in letzter Zeit bekannter geworden durch Berichte über Schändung jüdischer Friedhöfe und über Waffen- und Sprengstoffunde.
Für eine Stadt der Größe Worms gibt es eine relativ große Neonaziscene, die offen durch Jagd auf Andersaussehende und durch Waffenkäufe auf Flohmärkten auftritt. Es laufen einige Fäden in Worms zusammen. Verbindungen zu regionalen und bundesweiten Organisationen (Freiheitliche deutsche Arbeiterpartei/FAP, Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front/GdNF, Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte/IHV; Aktionspartei nationalrevolutionärer Kameraden/ANK bestehen. Propagandamaterial des verbotenen "Freundeskreis Freiheit für Deutschland" und eine Postwurfsendung der "Remer-Depesche" ("Auschwitz-Lüge" usw.) wurden in Worms verbreitet.
Es finden regelmäßige Schulungstreffen mit bis zu 30 Faschisten in einer Gaststätte statt; nach den Treffen begeben sich oft einige Faschos zum Schützenverein, um Schießübungen zu machen.

Einige interessante Hintergründe...

über Verbindungen der Polizei zu Neonaziscene aus Worms sind durch Recherchen der Antifa Manheim bekannt geworden.
In der Wahlliste der "Republikaner" sind von 14 KandidatInnen 6 im Polizeidienst tätig.
Ein anderer Kandidat (Markus Hallstein) ist außerdem Fascho-Skin mit guten Kontakten zu den Neonazikadern Klaus Acker aus Worms (FAP-Landesvorsitzender, im Vorstand des IHV von Ernst Tag sowie GdNF-Kontakte) und Manfred Huck aus Ludwigshafen (ANK, Aktivist der ANTI-Antifa, Kontakte zur verbotenen "Deutschen Alternative" und "Nationalistischen Front").
Die Wormser Bullen führten am 12.6.93 den Polizeiangriff auf AntifaschistInnen, bei dem 60 Leute verhaftet und einige verletzt wurden.
Da wundert es auch nicht, wenn in der Presseerklärung der Bullen Lügen und Verdrehungen auftauchen, die in Zeitungsmeldungen wiederzufinden sind. So wurde behauptet, daß die "angereisten Gewalttäter" (gemeint sind die Antifas) eine türkische Hochzeitsfeier in der Nähe des Neonazitreffens gestört hätten, wahllos Autos von unbeteiligten AnwohnerInnen beschädigt hätten und auf der anderen Seite hervorgehoben wird, daß von dem Treffen der Neonazis keine Gewlttaten ausgingen.
Unterstützt durch die inszenierte Medienhetze wurde gegen mindestens 30 der damals verhafteten AntifaschistInnen verschiedene Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung, Nötigung, Vermummung, Sachbeschädigung, Landfriedensbruch und versuchter Gefangenenbefreiung eingeleitet.

Hier wird eigentlich ganz klar, wie das alles zusammenpaßt. Organisierte Neonazikader mit bundesweiten Verbindungen halten, zusammen mit NPD-Funktionären, ein "nationales Sommerfest" ab, das von einem Großaufgebot der Polizei beschützt wird. Anwesende AntifaschistInnen werden eingekesselt, verprügelt, verhaftet und mit Ermittlungsverfahren überschüttet.
Danach sitzt man dann zusammen beim gemütlichen REP-Stammtisch und trinkt auf die erfolgreiche Zusammenarbeit. Da wäre es auch gut vorstellbar, daß ein Polizeibeamter "rein zufällig" die Liste der verhafteten AntifaschistInnen einstecken hat und diese dann an den Fascho-Skin Hallstein und damit Namen und Adressen an die ANTI-Antifa weiter gibt.
Eine Verbindung rassistischer Parteien, militanten Neonazis und Polizei, die von Politikern und Medien bewußt nicht hergestellt wird.

Die Verantwortlichen stellen sich dumm!

So zeigt sich der Leiter des Landeskriminalamtes in Mainz in einem Artikel der Rheinpfalz vom 19.10.93, darüber enttäuscht, daß sich die Bevölkerung an der Aufklärung und Verhinderung von (wie sie es nennen) "Fremdenfeindlichen Umtrieben" nur gering beteiligt. Die geringe Aufklärungsquote von 16% bei den Ermittlungsbehörden führt er auf den gleichen Umstand zurück.(!) Laut LKA ist die Zahl der "Fremdenfeindlichen motivierten Straftaten" in Rheinlandpfalz im ersten Halbjahr 93 um 45% auf 135 gestiegen. Dazu ist zu sagen, daß viele Übergriffe und Anschläge nicht gemeldet oder nicht als solche gewertet werden. Dazu kommt, daß das LKA nur Straftaten mit direkter Gewaltanwendung zählt, diese Zahlen also ohne Vergehen wie "Verbreitung von NS-Propaganda", "Volksverhetzung" usw. zustande kommen.
Vermutungen über die Gründe dieses Anstieges werden angestellt: "Möglicherweiße hat die verschlechterte Wirtschaftslage der Westpfalz etwas damit zu tun", so ein Sprecher des Innenministeriums. Vieleicht sind es aber auch unbekannte Substanzen im Trinkwasser oder Druidenstrahlen. "Das LKA jedenfalls ist ratlos" (laut Rheinpfalz), was die Gründe dafür sein könnten".
Innenminister Walter Zuber und das LKA wollen mit einem "täterorientierten Konzept" die "Welle der Gewalt eindämmen". "Die möglichen Täter sollen früh gestört werden, indem die Präsenz der Polizei bei Treffen von Skinheads und Neonazis verstärkt wird."
Die Vorfälle in Worms oder wie in Mannheim/schönau sind nur einige Beispiele, welche Auswirkungen dieses "Konzept" hat. Nämlich die Verdrehung und Vertuschung aller Zusammenhänge und die Kriminalisierung des Antifaschistischen Widerstandes.

GLAUBT NICHT LÄNGER DEN LÜGEN UND HEUCHELEIEN !
ORGANISIERT DEN WIDERSTAND !
EINSTELLUNG ALLER ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN ANTIFAS !!





FILME & DISKUSSION ZU POLITIK & KULTUR
IMMER MONTAGS
20°° UHR
HÖRSAAL H2
EINTRITT FREI
Fachhochschule / Abtl. Kammgarn

THEMEN:
INTERNATIONALISMUS,
FRAUEN, ÖKOLOGIE
FASCHISMUS, GESCHICHTE...

ACHTET AUF HANDZETTEL UND PLAKATE
VERANSTALTET VOM ASTA/FH (ARBEIT u. TECHNIK)
UND KOK-ROACHES (KULTUR OHNE KOMERZ) KL

IN LETzTER MiNutE

Kurdischer Kulturverein besetzt

Am Sonntag, dem 28.11.1993, haben im Saarland lebende Kurden und Kurdinnen die Räume des kurdischen Kulturvereins in der Alten Feuerwache in Saarbrücken besetzt.

Der Kulturverein wurde am Freitag, den 26.11.1993, nach dem Verbot der Kurdischen Arbeiterpartei PKK, der kurdischen Nachrichtenagentur Kurd-Ha, des Kölner Kurdistan-Komitees und der kurdischen Kulturvereine von der saarländischen Polizei leergeräumt. Sämtliche Bücher, Zeitschriften, technische Geräte wurden beschlagnahmt.

Die Kurden und Kurdinnen protestieren mit der Besetzung gegen die Schließung ihres Kulturvereins. Der Verein wurde täglich von mehr als 50 kurdischen Menschen - zumeist Kriegsflüchtlingen - besucht.

Die BesetzerInnen fordern die Aufhebung aller Verbotsbeschlüsse gegen die kurdischen Organisationen; darüberhinaus fordern sie die deutsche Öffentlichkeit auf, sich mit den kurdischen Vereinen zu solidarisieren und gegen die Verbote zu protestieren.

"In Chile hat auf tragische Weise eine reformistische Illusion ihr Ende gefunden!"

Miguel Enriquez ✝ ehemaliger Generalsekretär der Bewegung der Revolutionären Linken, MIR

Noch am 4. September des Jahres 1973 marschierten etwa 800000 Anhänger der Unidad Popular am Moneda-Palast vorbei, um den dritten Jahrestag des chilenischen Experiments zu feiern. Ihre Führer ahnten nicht, daß genau in einer Woche die UP nicht mehr existieren werde. Die Menschen riefen: "Allende, das Volk verteidigt dich. Schlag die Reaktionäre!" Die Stimmung der Massen war militant. Doch schon am 11. September führte die chilenische Armee den Staatsstreich aus. Die Unidad-Popular-Regierung wurde gestürzt und ihr Präsident, Salvador Allende, wurde in seinem Zimmer im Moneda-Palast erschossen, der zu einem großen Teil durch Artilleriegeschosse und Bombardierung aus der Luft zerstört wurde. Der chilenische Weg war zu Ende. Neue Namen wurden der langen Liste mit den Namen der Märtyrer der Arbeiterklasse in Lateinamerika hinzugefügt.

Wir wollen anläßlich des 20. Jahrestages des Militärputsches den ermordeten, gefolterten und verschwundenen Genossinnen und Genossen gedenken und die Gründe des Scheiterns des chilenischen Weges hinterfragen und eventuelle Möglichkeiten internationaler Solidarität mit der lateinamerikanischen Revolution diskutieren.

Freitag, 17. Dezember, 19³⁰ Uhr

Lokal Kolorit, Wilhelmstraße/Ecke Gasstraße

Rahmenprogramm:

Live-Musik chilenischer Künstler

Film: "Chilenischer September" (45')

Der Film entstand in den ersten zehn Tagen nach dem Putsch. Chilenische Männer, Frauen und Kinder klagen die Militärjunta an. Das Begräbnis Pablo Nerudas wird zu einer Demonstration des antifaschistischen Widerstandes

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten
Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba

Außerdem rufen zu dieser Veranstaltung auf:
Städtepartnerschaftsverein KL - Diriomo (Nicaragua)
KOK Roaches KL (Kultur ohne Kommerz)
Antifa-Jugend KL

ViSdP: Rolf Brezinski, Bernd Kaebelmann

K-BUTT



DIE ALTEN AUSGABEN DER K'BUTT KÖNNT IHR BEI UNS FÜR 3 DM IN BRIEFMARKEN (PORTO) BESTELLEN. SPENDEN SIND IMMERGERN GESEHEN !!

#1 VERGRIFFEN

#2 MÄRZ 92 DINA 4 40 SEITEN MIT GIMMICK !!
THEMEN: selbstverwaltetes zentrum, jugendzentrumsbewegung 1980/81, bauwahn in kl, antifa (dvu parteitag, aktion sauberes deutschland, internationale gesellschaft für menschenrechte, schillerinstitut), sexismus (redebeitrag ♀gruppe trier, prozeß gegen vergewaltiger in sb, einige worte von mann zu mann), 500 jahre kolonialismus & widerstand gegen die herrschende weltordnung, kurdistan, politische gefangene. ...

#3 JUNI 92 DINA 4 42 SEITEN
THEMEN: pfalztheather neubau, selbstverwaltung, projekt infoladen, über daniel matissek, ratgeberserie: blaumachen leicht gemacht, antifa (prozeß gegen nazischläger, antifa ps, antifa-demo in leebzig), raf -erklärung v. 10.4.92. , politische gefangene, weltwirtschaftsgipfel, expo, kurdistan/türkei

#4 DINA 3 MAI 93 6SEITEN
THEMEN: rechtsextreme gruppen und organisationen, antifaschistische jugend, änderung des artikels 16, kriminalisierung von antifas, k.o.k.roaches (kultur ohne kommerz. ...

#5 DINA 3 AUGUST 93 8 SEITEN
THEMEN: konzept selbstverwaltetes zentrum(kok), straßenblockade$ reaktionen presseerklärung der antifaschistischen jugend, ermittlungsverfahren gegen antifas, § 218 , und mehr ...



Die Unwissenden

Es heißt
die von nichts
gewußt hatten
waren naiv

Im Gegenteil:
Es war damals
sehr praktisch
von nichts zu wissen

Und später dann
war es weise
von gar nichts
gewußt zu haben

Nur Dummköpfe
oder Narren
versuchten
alles zu wissen

Und die Suche
nach Wissen
brachte viele von ihnen
ums Leben

Drum fehlen uns jetzt
diese Dummköpfe
und diese Narren
so bitter

ERICH FRIED